

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

Nr. 69

April/Mai 2014



Nordwall: Totalabriss und Neubau?
Celler Dialog diesmal im September
TTIP-Handelsabkommen – Vorsicht Falle

INHALT

Celler Trialog im September	
Otte lädt zum Waffendealen	3
Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.	
Rüstungslobbyismus vom Feinsten	5
Rüstungslobbyismus in Deutschland und EU	
Rüstungskonzerne und Politik	7
Verkehrlich-städtebauliches Gutachten	
Komplettabriss und Neubau 1. Wahl	10
Befugten ist der Zutritt verboten!	12
Wie Herr Sander einmal standhaft blieb	
NSG, LSG oder vielleicht doch LSD?	13
Meldungen	14
Laternengespräche	
Kein Kindergeburtstag	16
Tierbefreiungsbewegung enttarnt V-Mann	
LKA-Spitzel in Wietze(n)-Kampagne	18
Vom Mädchenorchester Auschwitz zum Rap	
Erinnerungen von Esther Bejarano	20
Vegan-Guerilla & Im Wald und auf der Heide	22
Tarifaueinandersetzung im Öffentlichen Dienst	
100 Euro und 3,5 Prozent	23
Freihandelsabkommen USA - EU	
Konzerne profitieren, Menschen verlieren	24
Termine in Kino, Kultur & Politik	26



Well the banker's got plenty but I ain't got any
And we just get deeper in debt
And I'm working like a slave but there's nothing
left to save
And we just get deeper in debt
John Wheeler

Gern hätten wir in dieser Ausgabe schon erste Ergebnisse aus der Hexenküche der KGSt-Sparkkommission mitgeteilt, aber wie ihr selbst mitbekommt, ergehen der Oberbürgermeister und einige Ratsfraktionen sich lieber in Krawall & Klamauk, anstatt für die Öffentlichkeit transparent zu diskutieren. Es wird Zeit, den Titel „Bürgerkommune“ zurückzugeben – wie es einige unserer politischen Spitzenkräfte zuletzt mit ihren Dokortiteln handhaben mussten.

Leider sucht uns im September erneut der CELLER TRIALOG heim. Da wir uns wünschen, dass sich dieses Jahr mal ein paar mehr Leute den „Masters of War“ in den Weg stellen, behelligen wir euch mit einem ersten Päckchen an Informationen. Ihr sollt wenigstens nicht sagen können, ihr hättet von nichts gewusst.

Gibt's nicht auch was Positives? Schaut auf die letzte Seite: Jede Menge spannende Konzerte im „Herzog Ernst“ & „Aimelys Fabrik Lounge“ - und Esther Bejarano und die Microphone Mafia kommen am 24. Mai nach Celle.

bis denne – eure revista

PS.: Wir danken einer Leserin für den Hinweis auf ein Zitat, das uns entgangen wäre, und einem Leser für seine satirische „Collage“ zum Lokalgeschehen.

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, BSG-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Otte lädt zum Waffendealen

Mitte September soll in Union und Schloss der fünfte CELLER TRIALOG über die Bühne gehen. Und dies unter einem für die Rüstungslobby guten Stern. Deutschland will unter der CDU/SPD-Regierung wieder verstärkt in aller Welt mitmischen, und Skrupel bei Rüstungsexporten kannte noch keine Regierung in den letzten Jahrzehnten.

Im vergangenen Jahr war der TRIALOG schon im Mai zu Gast in Celle. Vom Konzept der Jahre 2007 – 2009 war nicht mehr viel übrig. Die Bezeichnung TRIALOG sollte bekanntlich zum Ausdruck bringen, dass mit Politik (Schirmherrschaft des niedersächsischen Ministerpräsidenten), Wirtschaft (vertreten durch den Hauptsponsor Commerzbank) und Bundeswehr drei „Partner für Sicherheit“ vertreten sind. Die Commerzbank ist nach der Teilverstaatlichung im Zuge der Bankenkrise raus und auch der Ministerpräsident war als Schirmherr im vergangenen Jahr nicht mehr gefragt. Als Organisator der Konferenz trat 2013 der Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) auf; sein einziger Kooperationspartner war die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (GfW), wo er als „Vizepräsident“ agiert, und die Studiengesellschaft der GfW.

Auf dem „Stelldichein“ der Rüstungslobby ließen sich neben Vertretern der größten Kriegsschmieden der Republik Größen der Politik und der Bundeswehr sehen: Thomas Kossendey (2007), bis vergangenen Dezember Staatssekretär im Verteidigungsministerium, August Hanning (2007), ehem. BND-Präsident und bis 2009 Staatssekretär im Innenministerium, Franz-Josef Jung (2008/2009), bis 2009 Verteidigungsminister, Wolfgang Schneiderhan (2008), bis 2009 Generalinspekteur der Bundeswehr, Hans-Peter Keitel (2009), bis 2013 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Wolfgang Schäuble (2009), seinerzeit Innenminister, Thomas de Maiziére (2013), seinerzeit Verteidigungsminister, Stéphane Beemelmans (2013), bis vor kurzem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Armin Papperger (2013), Vorstandsvorsitzender von Rheinmetall, Volker Wierker (2013), Generalinspekteur der Bundeswehr.

Die programmatische Grundlage wurde 2008 im „Celler Appell“ niedergelegt. Darin wurden drei Maßnahmen vereinbart: Es sollten „Impulse für die vertiefte sicherheitspolitische Diskussion“ gegeben, Initiativen zur „Förderung der Reservisten in Industrie und Wirtschaft“ sowie für die „Intensivierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit“ ergriffen und schließlich darauf hingewirkt werden, „dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen gestärkt wird.“ Und auch das „Verständnis für die Auslandse-

insätze der Bundeswehr“ soll verbreitert werden.

Der Lobbyismus, wie er nicht nur im CELLER TRIALOG eine Plattform findet, zeigt bekanntlich Wirkung. Die politische Elite des Landes traut sich, immer unverblümt auszusprechen, was – gemäß Meinungsumfragen – bei einer Bevölkerungsmehrheit nicht unbedingt auf Wohlgefallen stößt.

Bundespräsident Joachim Gauck hat mit seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Janu-



ar den Kurs vorgegeben: „Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller einbringen.“ Der sozialdemokratische Außenminister Frank-Walter Steinmeier wollte auch nicht länger „abseits“ stehen: „Deutschland ist eigentlich zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.“ Fehlt beim protestantischen Dreigestirn nur noch die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen: „Wenn wir über die Mittel und Fähigkeiten verfügen, dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren.“

So richtet sich der Blick wie vor 130 Jahren nach Afrika. Klar, der erste Truppenbesuch führte von der Leyen nach Afghanistan; im Februar aber ging's schon nach Mali (im Schlepptau der CDU-Bundestagsabgeordnete Otte). Zu Bundeswehreinmärschen in der Zentralafrikanischen Republik und in Somalia startete sie dabei schon mal einen medialen Luftballon. Von „Schutzverantwortung“ spricht in diesem Zusammenhang Gauck. Zu „Schutzgebieten“ ernannte der deutsche Imperialismus des 19. Jahrhunderts bekanntlich die kolonialen Eroberungen deutscher Geschäftsleute auf dem afrikanischen Kontinent. Beide Begriffe verschleiern ein gemeinsames Interesse: das auf Rohstoffe.

Der TRIALOG ist Bestandteil dessen, was wir Militärisch-Industrieller-Komplex (MIK) nennen; wikipedia definiert treffend, wann davon gesprochen werden kann, nämlich „wenn es in einer Gesellschaft Phänomene dieser Art gibt:

- ausgeprägte Lobby-Arbeit von Vertretern der Militärindustrie,
- zahlreiche persönliche Kontakte zwischen Vertretern des Militärs, der Industrie und der Politik,
- intensiver Personalaustausch zwischen den Führungspositionen von Militär, Wirtschaft und staatlicher Verwaltung, insbesondere wenn Vertreter des Militärs oder der Politik auf wesentlich besser dotierte Posten in dieser Industrie wechseln,
- intensive, durch staatliche Aufträge maßgeblich gestützte Forschung im Bereich neuartiger Waffensysteme,
- gezielte Beeinflussung demokratischer Kontrollgremien und der öffentlichen Meinung durch eine übersteigerte Sicherheitsideologie.“

Henning Otte, CDU/CSU

Geboren am 27. Oktober 1968 in Celle; evangelisch-lutherisch; verheiratet, vier Kinder.

Abitur am Christian-Gymnasium in Hermannsburg. Ausbildung zum Reserveoffizier im Panzerbataillon 333 in Celle. Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Sparkasse Celle. Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg.

Angestellter bei der Sparkasse Celle. Prokurist in einem mittelständischen Stahlbauunternehmen. Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse.

1994 Eintritt in die CDU, seit 2012 Vorsitzender des Kreisverbandes der CDU Celle, seit 2007 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Nordostniedersachsen, 2006-11 Mitglied im Vorstand (Political Assembly) der Europäischen Volkspartei, seit 2010 stellvertretender Vorsitzender des Bundesfachausschusses Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik der CDU. 1995 bis 2003 Mitglied der Jungen Union, u. a. Kreisvorstand und Niedersachsenrat. Seit 1996 Mitglied des Stadtrates Bergen und des Kreistages Celle, u. a. stellvertretender Landrat.

Mitglied des Bundestages seit 2005; Mitglied im Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion.

Otte ist Ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages, stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie Ordentliches Mitglied in der Parlamentarische Versammlung der NATO (North Atlantic Treaty Organisation).

Auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag bestätigte die Bundesregierung dies mit anderen Worten: „Mit dem Celler Trialog wurde eine Plattform für die sicherheitspolitische Diskussion zwischen hochrangigen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Bundeswehr geschaffen. Die Beteiligten tragen in der Folge als Multiplikatoren auch zu einer Verbreiterung der sicherheitspolitischen Diskussion in der Gesellschaft bei.“

Vielleicht bekommen wir in diesem Jahr ja einmal breitere Proteste hin: Celler Trialog beenden – Für eine Welt ohne Krieg!

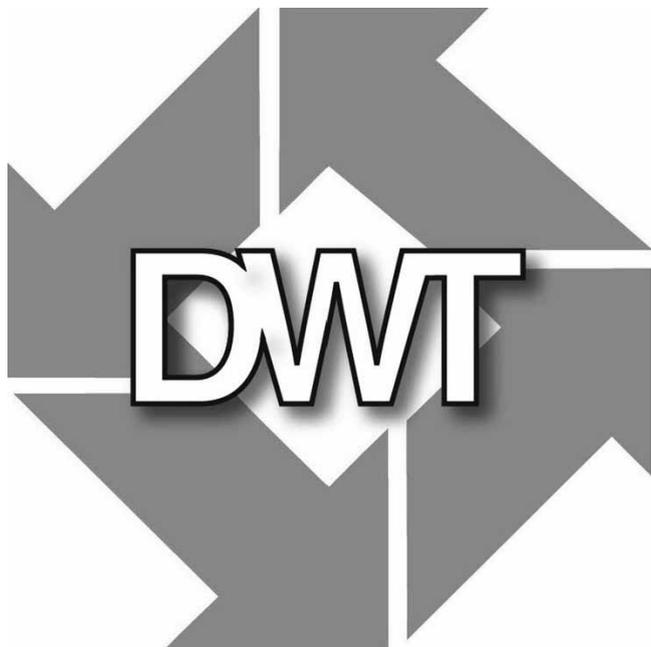


Rüstungslobbyismus vom Feinsten

Veranstalter des CELLER TRIALOG 2014 ist die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT). Vizepräsident dieses eingetragenen Vereins ist der Celler Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU). 2013 wurde die Durchführung des TRIALOG durch die Studiengesellschaft mbH der DWT unterstützt.

„LobbyControl - Initiative für Transparenz und Demokratie e.V.“ hat wenig Zweifel an dem zweifelhaften Business dieses Vereins:

„Die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) ist ein von der Rüstungsindustrie dominierter Verein, in dem deren Vertreter und Bundestagsabgeordnete sowie Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums Fragen der Rüstungspolitik und Wehrtechnik er-



örtern. Dies erlaubt es der Rüstungsindustrie, bereits im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungsprozesse informell Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Dabei werden die Rüstungsunternehmen neben ihrem Sachverstand zwangsläufig auch ihre Interessen an aufwändigen Rüstungsprojekten einbringen, für deren Kosten der Steuerzahler aufkommt. Interessengruppen, die an der Abrüstung oder an der Begrenzung der Rüstungskosten interessiert sind (z. B. Friedensinitiativen oder der Bund der Steuerzahler) sind in dem Verein nicht vertreten. Das dauerhafte Zusammenwirken von Rüstungsunternehmen und Parlamentariern birgt die Gefahr, dass rüstungspolitische und wehrtechnische Entscheidungen von den zuständigen parlamentarischen Gremien faktisch in intransparente Gesprächsrunden verlagert werden, in denen es an der gebotenen Distanz zwischen den Abgeordneten und der Rüstungsindustrie mangelt.“

Es lässt sich auch knapper sagen: Die Gesellschaft für Wehrtechnik ist eine der fetteren Spinnen im Netzwerk des militärisch-industriellen Komplexes.

Die DWT ist 1957 auf Initiative der Rüstungsabteilung des Verteidigungsministeriums gegründet worden. Zweck des Vereins ist „die Förderung der Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik“. Die DWT verweist auf ihrer Webseite als Vorteil einer Mitgliedschaft auf ihr „Netzwerk aus Politik, Bundeswehr und anderen Organen der Exekutive, der Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung sowie der Medien.“ Zu den Veranstaltungen gehören Vorträge, Workshops und Parlamentarische Abende.

Nach § 3 der Satzung besteht der Verein aus persönlichen Mitgliedern (Einzelpersonen), fördernden Mitgliedern (Rüstungsfirmen und Institute), außerordentlichen Mitgliedern (Personen und Vereinigungen, die den Zielen des Vereins nahestehen) und Ehrenmitgliedern. 2013 zählt die DWT ca. 250 fördernde und etwa 930 persönliche Mitglieder.

Präsident der DWT ist Werner Dornisch, er war bis 1979 Generalstabsoffizier im NATO-Hauptquartier und danach tätig in führenden Positionen internationaler Luft- und Raumfahrtkonzerne, u.a. bis 2007 Vorstandsmitglied von Diehl; er ist gleichzeitig Vizepräsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und Mitglied im Kuratorium der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik. Im Präsidium sind Bundestagsabgeordnete von CDU, SPD und zwei ehemalige der FDP. Im Vorstand sitzen dann Seit an Seit Vertreter von Verteidigungsministerium und Rüstungskonzernen.

Die umfangreichen Tätigkeiten des Vereins, der in Berlin eine Geschäftsstelle mit einem Dutzend Mitarbeiter*innen unterhält, finanzieren anscheinend vor allem die Fördermitglieder. Und dazu gehört dann – selbstverständlich steuerbegünstigt – von EADS, über Heckler & Koch bis zu Rheinmetall alles, was in der Rüstungsindustrie Rang und Namen hat.

Im Jahr 2010 stellte die Linksfraktion im Bundestag eine Kleine Anfrage zu dem ganzen Unwesen des Rüstungslobbyismus und stellte in einer „Vorbemerkung“ klar, was sie davon hält:

„Durch den Einfluss, den Lobbyverbände auf politische und exekutive Entscheidungen nehmen, besteht die Gefahr, dass Parlamente und Regierung entgegen ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag nicht mehr die Interessen des Gemeinwohls vertreten, sondern vor allem wirtschaftliche Partikularinteressen. Wie hoch der mögliche Einfluss von Lobbyverbänden auf politische Entscheidungen ist, zeigt sich exemplarisch im Be-

reich der Wehrpolitik.

Der Rüstungsetat ist mit etwa 31 Mrd. Euro der drittgrößte Posten im Bundeshaushalt. Allein für die Neuentwicklung und Neubeschaffung von Rüstungsgütern sind für das Haushaltsjahr 2010 mehr als 7 Mrd. Euro eingeplant – 7 Mrd. Euro, die direkt der Rüstungsindustrie zugutekommen. Darüber hinaus stehen weitere Milliardenbeträge für die sogenannten Betreiberlösungen durch private Unternehmen und die Materialerhaltung zur Verfügung. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung zumindest auf dem Papier die Schlüsselstellung für die Genehmigung von Rüstungsexporten ins Ausland einnimmt und damit den Marktzugang der deutschen Rüstungsindustrie im Ausland beeinflussen kann. Es bestehen also viele Anreize für die Rüstungsindustrie, sich in diesem Bereich durch Lobbyarbeit Vorteile zu verschaffen.

Neben der direkten Lobbyarbeit durch die entsprechenden Industrieverbände [...] gibt es den großen Bereich der indirekten Einflussnahme auf politische bzw. ministerielle Entscheidungen durch andere politisch-militärisch-industrielle Zusammenschlüsse und Netzwerke. Im Fokus stehen hier insbesondere gemeinnützige Vereine wie [...] die 1957 gegründete „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e. V.“

Fördernde Mitglieder (FM)

sind Firmen und Institute, die für die Belange der deutschen Streitkräfte, insbesondere für deren Ausrüstung, tätig sind oder die Ziele und Aufgaben des Vereins besonders unterstützen und / oder ein geschäftliches Interesse an der DWT-Arbeit haben.

Der Mitgliedsbeitrag nennt sich formal "Förderbeitrag".

Der Beitrag besteht aus zwei Elementen:
(1) Grundförderbeitrag für jedes Mitglied unabhängig von der Größe des Unternehmens: 500,00 € jährlich.
(2) zusätzlicher Förderbeitrag zur Differenzierung kleiner / mittlerer / großer Unternehmen: xxx,xx € jährlich.
(3) Gesamtförderbeitrag: 500,00 € + xxx,xx € ergibt yyy,yy € jährlich.

Beispiel (fiktiv): Ein Systemhaus zahlt z.B. 500 € + 3.500 € also insgesamt 4.000 € jährlich. Eine kleinere Beraterfirma zahlt 500 € + 500 €, also insgesamt 1.000 € jährlich.

Den zusätzlichen Förderbeitrag legt im Grundsatz jedes Mitglied selbst fest. Die Höhe richtet sich nach den geschäftlichen Gegebenheiten und dem Leistungsvermögen des Unternehmens.

Der zusätzliche Förderbeitrag wird nach jeweiliger Abstimmung zwischen dem Unternehmen und der DWT-Geschäftsführung im gegenseitigem Einvernehmen festgelegt. Damit sorgen wir auch für Ausgewogenheit und Fairness unter allen Fördernden Mitgliedern.

Quelle: <http://www.dwt-sgw.de/mitglied-werden/>

(DWT) als eines der wichtigsten Lobbyinstrumente der Rüstungsindustrie. [...] Diese Vereine sind organisierte Zusammenschlüsse von Rüstungslieferanten sowie Abgeordneten aus Verteidigungs- und Haushaltsausschuss, die für den Endabnehmer Bundeswehr über Rüstungskäufe des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) entscheiden. [...]



Angesichts dieser Vernetzung von Rüstungsindustrie und Politik bestehen nicht ganz unberechtigte Bedenken dagegen, dass die von der Presse als „Hoflieferanten“ der Bundeswehr [...] bezeichneten Unternehmen Rheinmetall AG, Krauss-Maffei-Wegmann GmbH & Co. KG und EADS trotz immenser Mehrkosten aufgrund von Verzögerungen, Pannen und technischen Mängeln immer wieder aufs Neue milliardenschwere Rüstungsaufträge der Bundeswehr erhalten [...] All das legt den nicht unbegründeten Verdacht nahe, dass die Rüstungsindustrie über oben genannte Vereine in organisierter und systematischer Form immensen Einfluss auf wehr- und haushaltspolitische Entscheidungen von Bundestag und Bundesregierung nimmt, um wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie zu fördern.

Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass die von DWT und dem FKH aufgeführten Mitglieds- und Partnerunternehmen seit 2005 ca. 3,7 Mio. Euro an CDU, CSU, FDP und SPD gespendet haben. [...] Insofern steht auch die Frage im Raum, ob und inwieweit die Voten von Abgeordneten im Verteidigungs- und Haushaltsausschuss für die Beschaffung von Rüstungsgütern letztendlich auch dem Interesse geschuldet sind, den jeweiligen Parteien zu Spenden zu verhelfen.

[...] Angesichts der Tatsache, dass eine Vielzahl von Rüstungsfirmen direkt Mitglieder in den obigen Vereinen sind, bzw. über Kooperationsabkommen Partnerschaften gepflegt werden, wie bei der GfW, muss die Selbstlosigkeit der Vereinstätigkeit in Frage gestellt werden. Vielmehr besteht der dringende Verdacht, dass der Hauptzweck der DWT, des FKH und der GfW darin liegt, die wirtschaftlichen Interessen der Rüstungsindustrie zu fördern und politische sowie exekutive Entscheidungen zu beeinflussen. Ob dies der Förderung des Allgemeinwohls dient, erscheint zumindest zweifelhaft.“

Wie nicht anders zu erwarten, sah die Bundesregierung in all dem überhaupt kein Problem.

Rüstungskonzerne und Politik

von Malte Lühmann

Der zunehmende Einfluss von Wirtschaftseliten auf politische Entscheidungen ist ein zentrales Merkmal der von Colin Crouch diagnostizierten »Postdemokratie«. (1) Hinter der Fassade parlamentarischer Demokratie bestimmen heute Lobbyisten den Politikbetrieb in Berlin, Brüssel oder Washington D.C. zu großen Teilen mit. Gerade die Rüstungsindustrie ist von diesem Phänomen nicht ausgenommen. Denn die Produktion von Waffen ist seit jeher ein grundlegend politisches Geschäft, abhängig von nationalen Rüstungsetats und (geo-)strategisch motivierter Industriepolitik. Durch die voranschreitende Integration auch dieses Industriezweiges in der EU wurde darüber hinaus das Handlungsfeld der Rüstungslobby um eine



zusätzliche, europäische Ebene erweitert. Vor dem Hintergrund von Postdemokratie und Europäisierung und im Rahmen einer neuen interventionistischen Sicherheitspolitik hat das politische Geschäft deutscher und europäischer Rüstungskonzerne in den letzten Jahrzehnten einen neuen Aufschwung erlebt.

Aus Sicht der Industrie ist dieser Aufschwung allerdings spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 in Gefahr geraten. Seitdem stagnieren die Rüstungsausgaben europäischer Staaten oder werden sogar drastisch gekürzt. (2) Zudem sind die nationalen Konzentrationspotentiale weitgehend ausgeschöpft und die Phase der europäischen Konsolidierung des Rüstungsmarktes kommt für den Geschmack der Konzerne zu langsam in Gang. Gleichzeitig besteht in der Produktion ein ungebrochener Trend hin zu immer komplexeren und damit forschungsintensiveren Waffensystemen. Diese machen umfangreiche Investitionen in Forschung und Entwicklung erforderlich, noch bevor das erste Kriegsschiff oder Flugzeug verkauft werden kann. Insgesamt scheint es für die großen Konzerne der Branche wichtiger denn je, ihren Ein-

fluss auf die Politik auf allen Ebenen geltend zu machen, um Profite abzusichern und um sich in der zukünftigen europäischen Rüstungslandschaft eine führende Position zu erkämpfen.

Rüstungslobbyisten in den Hinterzimmern der Postdemokratie

Damit die Rüstungsindustrie weiterhin eine profitable Zukunft hat, beschäftigen die Konzerne ein Heer von Interessenvertretern in den Untiefen der Lobbynetzwerke in Brüssel und Berlin. Allgemein verdienen Schätzungen zufolge 5.000 Menschen ihr Geld in Berlin mit der professionellen Einflussnahme auf die Bundespolitik. (3) In Brüssel, der zweiten Welthauptstadt des Lobbyismus nach Washington D.C., sollen es sogar bis zu 30.000 Interessenvertreter sein. (4) Während für die Gesamtzahlen wenigstens ungefähre Schätzungen vorliegen, ist der Anteil der Rüstungsindustrie am Lobbyismus aufgrund der notorischen Intransparenz der Lobby- bzw. der Rüstungsbranche nicht genauer zu beziffern.

Jenseits der blanken Zahlen steht aber fest, dass die Protagonisten dieses verschwiegene Industriezweigs vielfältige Möglichkeiten haben, ihren Interessen Gehör zu verschaffen. (5) Die Wege der Einflussnahme reichen von offiziellen Konsultationen bei neuen Gesetzesinitiativen über die Wahlkampffinanzierung für »befreundete« Politiker, Parteispenden, informelle Kontakte bei Empfängen oder parlamentarischen Abenden und der Mitgliedschaft in diversen (militär-) politischen Vereinen, Organisationen und Netzwerken bis hin zur Finanzierung wissenschaftlicher Expertise zu rüstungsrelevanten Themen.

Dieses dicht gewebte Netz aus Kontakten zwischen Rüstungsindustrie, Politik und Militär ist schon in Zeiten des Kalten Krieges häufig auf den Begriff »militärisch-industrieller Komplex« (MIK) gebracht worden. (6) Diese Bezeichnung unterstreicht insbesondere das enge Zusammenspiel zwischen Industrie und Militär, basierend auf der Parallelität von wirtschaftlichem Profitstreben und militärischen Aufrüstungsinteressen. Heute wird auf EU-Ebene die Entstehung eines neuen, transnationalen militärisch-industriellen Komplexes konstatiert, der im Kern große europäische transnationale Konzerne, EU-Institutionen und private Think-Tanks umfasst.

Dabei zeigt sich gerade auf der europäischen Ebene, dass die Initiativrolle der politischen Entscheidungsträger bei der Schaffung neuer EU-Kompetenzen im Rüstungs- und Militärbereich heute von besonderer Bedeutung ist. (7) Im Gegensatz zu den oft stabileren Konstellationen nationaler MIKs in

der Vergangenheit spielt die Politik daher in der aktuellen, dynamischen Situation eine besonders starke Rolle im Dreiecksverhältnis mit Industrievertretern und Militärs. Insgesamt bleibt aber festzuhalten, dass der MIK jenseits dieser und anderer Verschiebungen in der Produktionsorganisation und im Verhältnis zwischen zivilen und militärischen Geschäftsbereichen weiterhin eine einflussreiche Lobbystruktur in Deutschland und Europa darstellt.⁽⁸⁾ Durch die Restrukturierungsprozesse der letzten beiden Jahrzehnte ist „*der MIK nicht weniger beherrschend und mächtig, wohl aber weniger sichtbar, unkontrollierbarer und internationaler geworden*“.⁽⁹⁾ Der große Einfluss der Rüstungslobby in diesem Rahmen ist auf allen politischen Ebenen erkennbar und betrifft die nationale Standortförderung ebenso wie die europäisch abgestimmte Sicherheitspolitik.⁽¹⁰⁾

Deutsche Rüstungspolitik und Elitennetzwerke

Individuelle Kontakte sind die wohl einfachste Form der Netzwerkbildung zwischen Rüstungsfirmen und Politikern. Neben klassischer Korruption, wie im Fall des verurteilten Rüstungslobbyisten Karlheinz Schreiber, gibt es verschiedene weniger illegale Varianten, von der Wahlkampfspende bis zum Drehtür-Phänomen.⁽¹¹⁾



Ein Beispiel für klug platzierte Wahlkampfspenden ist der Hamburger SPD-Abgeordnete Johannes Kahrs, der im Bundestagswahlkampf 2005 knapp 60.000 Euro Unterstützung von den Panzerherstellern Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall bekommen hatte.⁽¹²⁾ Nachdem er erneut in den Bundestag gewählt worden war, saß Kahrs als SPD-Beauftragter für den Verteidigungsetat im Haushaltsausschuss und war dort in den Ankauf von Waffensystemen der beiden Rüstungsschmieden für die Bundeswehr involviert. Für den offensichtlichen Interessenkonflikt gab es sogar aus der eigenen Fraktion Kritik.⁽¹³⁾ Durch die Drehtür und damit gleich ganz auf die Gehaltsliste der Rüstungsindustrie ging Ditmar Staffelt, ein Berliner Parteikollege von Kahrs und bis 2009 ebenfalls Bundestagsmitglied.⁽¹⁴⁾ Staffelt, der von 2002 bis 2005 Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt gewesen war, wechselte als Cheflobbyist

zum Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern EADS. Dank der persönlichen Kontakte Staffelts ins Wirtschaftsministerium kann sein neuer Arbeitgeber auf einen privilegierten Zugang zur Bundespolitik zählen.

Doch Kontakt und Einflussnahme über einzelne Politiker bildet nur einen kleinen Teil der effektiven Lobbying-Strategien der Waffenindustrie. Auf Bundesebene sind in diesem Bereich eine Vielzahl von Verbänden und anderen Organisationen tätig, die wesentlich zur Interessenabstimmung zwischen Politik und Industrie beitragen. Da die Rüstungsindustrie wie keine andere Branche von politischen Entscheidungen abhängig ist, sind diese Netzwerke von immenser Bedeutung. Im engeren Sinne geht es dabei zunächst um die Hauptstadtbüros der Konzerne und um ihre Verbände. Neben den Berliner Vertretungen von Rheinmetall, EADS und Co. sind das der erst 2009 in dieser Form gegründete Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und der Fachverband Sicherheit im Zentralverband der Elektroindustrie.

Zu den offiziellen Aufgaben der Verbände gehört die Vertretung ihrer Mitglieder bei Konsultationen des Bundestags und der Ministerien in der Vorbereitungsphase neuer Gesetze. Etwas informeller geht es bei den so genannten parlamentarischen Abenden zu, die regelmäßig zum Beispiel vom BDSV abgehalten werden. Hier kommen Unternehmensvertreter in abendlicher Runde mit Parlamentariern zusammen und besprechen aktuelle politische Anliegen. Eine ähnliche Veranstaltung führt der BDSV regelmäßig für deutsche und ausländische Militärattachés durch, um diesen die Interessen der deutschen Rüstungsindustrie näher zu bringen.⁽¹⁵⁾ Eine besondere Form des Rüstungslobbyismus in Berlin ist die Praxis der Konzerne, Veranstaltungen der Bundeswehr wie den »Ball der Luftwaffe« mit beträchtlichen Summen zu sponsern. Der deutsche Branchenprimus EADS etwa soll für 20 derartige Veranstaltungen seit 2003 ca. 87.000 Euro ausgegeben haben.⁽¹⁶⁾

Die politischen Bemühungen der Rüstungsindustrie beschränken sich allerdings keineswegs nur auf die unmittelbare Industriepolitik. Die Konzerne verwenden ihre Ressourcen darüber hinaus darauf, im weiteren Feld der Außen- und Militärpolitik diejenigen Positionen zu stärken, die für weltweit einsetzbare und gut ausgerüstete Streitkräfte, für eine aktive Bündnispolitik in NATO und EU sowie für eine liberale Rüstungsexportpolitik stehen. Zu den einflussreichsten Vereinen und Think-Tanks in der außenpolitischen Landschaft gehören der Förderkreis Deutsches Heer, die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. Mitglieder sind jeweils Politiker, Militärs und Firmen, aber auch einzelne Industrielle. Zum breiten Förderkreis der DGAP gehören neben Unternehmen aus der Rüstungsindustrie auch viele andere Konzerne von der Deutschen Bank über Bosch bis zu RWE.

In diesen Vereinen wird bei Seminaren, Diskussionen, in Denkschriften und Strategiepapieren ein Elitenkonsens zu außen- und militärpolitischen Themen hergestellt. Nebenbei können hier persönliche Kontakte zwischen Industrievertretern, Militärs und Politikern geknüpft oder vertieft werden. Der Förderkreis Deutsches Heer und die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik werden daher zu Recht als Lobbyplattformen bezeichnet. (17) Der schon erwähnte Johannes Kahrs sitzt übrigens wie einige andere Bundestagsabgeordnete im Präsidium des Förderkreises – ohne dass sie dies dem Bundestag als Lobbytätigkeit gemeldet hätten, bis ihre Mitgliedschaft 2009 durch die Presse bekannt wurde. (18)

Europäische Integration für die Waffenindustrie

Die etablierten Netzwerke der Einflussnahme auf nationaler Ebene wurden in den letzten Jahren weitgehend auf europäischer Ebene dupliziert. Angesichts der schnellen Entwicklung einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in der Europäischen Union haben die Interessenvertreter der Rüstungskonzerne die besondere Relevanz der EU für ihre zukünftigen Geschäfte längst erkannt. Tatsächlich waren sie an dieser Entwicklung nicht ganz unbeteiligt und haben starken Einfluss auf die Dynamik und die Ausgestaltung der GSVP genommen. (19) Möglich war dies auf der Basis einer enger Kooperation zwischen EU-Politikern, Bürokratie und Repräsentanten der Rüstungsindustrie. Dem zugrunde liegt die Vorstellung, dass eine starke europäische Rüstungsindustrie die notwendige Basis für eine starke Sicherheits- und Verteidigungspolitik und damit in letzter Konsequenz Voraussetzung für eine gemeinsame Außenpolitik ist. So stellte Antonio Tajani, Vize-Präsident der EU-Kommission und verantwortlich für Industriepolitik, auf einer Konferenz im Jahr 2011 fest: „Die Verteidigungsindustrie, die Rüstungsmärkte sind fundamentale Instrumente in einer EU-Politik, die uns größere Unabhängigkeit und Souveränität in der Verteidigung geben soll [...] Man kann keine gemeinsame Außenpolitik haben, solange man keine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat.“ (20) Neben der GSVP kristallisiert sich mit der Europäischen Rüstungsagentur und den jüngsten EU-Richtlinien zu Rüstungshandel und militärischer Beschaffung (»Verteidigungspaket«) langsam auch eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik heraus.

Sowohl bezogen auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch im entstehenden Feld der europäischen Rüstungspolitik ist Europas Waffenindustrie – angeführt von den größten Konzernen BAE Systems, EADS, Thales und Finmeccanica – mit Verbänden, Think-Tanks und anderen Vorfeldorganisationen aktiv. Aus Sicht der Konzerne beinhaltet die Aufrüstung der EU sowohl die Chance, sinkenden nationalen Rüstungsausgaben entgegen zu wirken, etwa indem ein gemeinsames europäisches Forschungsbudget

aufgesetzt wird, als auch die Aussicht, die Enge der nationalen Märkte zugunsten eines konsolidierten europäischen Rüstungsmarktes aufzubrechen. An der Durchsetzung dieser Vision arbeiten in Brüssel zahlreiche Organisationen. Darunter der europäische Branchenverband, die AeroSpace and Defence Industries Association of Europe, Clubs und Vereine wie die Kangaroo Group, gegründet vor dreißig Jahren von EU-Parlamentariern und heute eine wichtige Lobbyplattform, sowie die Security and Defence Agenda, ein angeblich unabhängiger Think-Tank mit engen finanziellen und organisatorischen Verbindungen zur Rüstungsindustrie. (21) Diese Netzwerke werden noch beflügelt von den besonders undurchsichtigen und wenig kontrollierten politischen Strukturen des EU-Systems, das sich ganz besonders im Bereich der Kommission durch seine außerordentliche Wirtschaftsfreundlichkeit auszeichnet.



Es bleibt auch auf der europäischen Ebene dabei, dass der große Einfluss von Unternehmensinteressen im Allgemeinen und der Rüstungsindustrie im Besonderen auf die Politik als zentrale Erscheinungsform der Postdemokratie angesehen und als solche endlich wirksam bekämpft werden muss. Ein allererster Schritt in diese Richtung wäre die verpflichtende Offenlegung aller Lobbytätigkeiten der Konzerne, wie sie lobbykritische Organisationen in Berlin und Brüssel seit Langem fordern, damit Lobbyisten ihre angeblich legalen Geschäfte künftig wenigstens nicht mehr hinter dem Schleier der Geheimhaltung verstecken können.

Aus: Wissenschaft & Frieden 2012-4: Rüstung – Forschung und Industrie, Seite 10–11.

Die Quellenverweise finden sich unter: <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1817>

Malte Lühmann ist Politikwissenschaftler aus Kassel und Beirat der Informationsstelle Militarisation.

Fotos von Uwe Hicks, Leo an die Kette: Protest vor Hauptversammlung von Rheinmetall 2014

Komplettabriss und Neubau 1. Wahl

Für den gesunden Menschenverstand gibt es aktuell in der Stadt Celle kein überflüssigeres Projekt als die gegenläufige Befahrbarkeit des Nordwalls. Wer vom Neumarkt in die Blumlage will, fährt einfach durch die Fritzenwiese – wo ist das Problem? Rund 12 Millionen Euro sollen jetzt noch für den Zweirichtungsverkehr im Nordwall ausgegeben werden und man verschärft Immissions-Probleme, die zur Zeit schon nicht in den Griff zu bekommen sind.

Fast einhellig begrüßten Verwaltung und Politik das „verkehrlich-städtebauliche Gutachten“ zum Nordwall. Dabei ist die „BDC Dorsch Consult Ingenieurgesellschaft mbH“, die das Gutachten vorlegte, augenfällig bemüht, immer wieder auf die Probleme Lärm- und Schadstoffemissionen hin zuweisen.



Beim Gutachten ging es nicht um die grundsätzliche Frage, also ob überhaupt eine Zweispurigkeit erforderlich ist, sondern: „Es ist zu untersuchen, ob es sinnvolle, realisierbare Varianten mit Zweirichtungsverkehr gibt, die weniger Eingriffe in das private Eigentum erzeugen. [...] Die im Rahmen der Gutachtenerstellung durchzuführende Variantenuntersuchung legt dabei auftragsgemäß den Beschluss der Ratsversammlung zur Aufhebung der Einbahnstraße und die damit verbundene Öffnung des Nordwalls für den Zweirichtungsverkehr zu Grunde.“

Ein zentrales Problem der Angelegenheit ist, dass sich Grundstückseigentümer weigern zu verkaufen. Das Gutachten soll belegen, dass eine „Enteignung“ juristisch durchsetzbar wäre - und so die Eigentümer zum Verkauf bewegen. Nehmen wir es vorweg: Die Chancen dafür stehen aus unserer Sicht eher schlecht.

Selbstverständlich sehen die Gutachter einen Haufen verkehrlicher Defizite bei der „Ist-Situation“, so z.B.: Umwegfahrten und Verkehrsverlagerungen, unzureichende Erreichbarkeit wichtiger Ziele in der Innenstadt, zu schmale „Nebenanlagen“ für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen. Und selbstverständlich sehen die Gutachter in städtebaulicher Hinsicht

„erhebliche bauliche und gestalterische Mängel“, was kein Wunder ist angesichts der durch die Stadt herbeigeführten Leerstände und des Renovierungsstaus.

Aber ebenso selbstverständlich führt eine Zweispurigkeit nicht zu weniger, sondern zu erheblich mehr Verkehr. Die Prognose für das Jahr 2025: 1.620 statt 930 KFZ als Spitzenstundenwert im Nordwall (+ 74 %), 1.370 statt 1.020 (+ 34 %) im Nordwall Süd, womit die Verlängerung zur Blumlage gemeint ist, und 1.330 statt 1.160 (+ 15 %) in der Blumlage. Auch auf der Allerbrücke kommt es zu einer Zunahme von 2.580 auf 2.930 (+ 14 %).

Was ist mit den Umwegverkehren? Klar in der Fritzenwiese reduziert sich der Spitzenstundenwert um 250 KFZ – nur wo liegt der Vorteil für die Anlieger der Nordseite, wenn sie künftig den Lärm von zusätzlichen 690 KFZ/h in ihren Gärten hören müssen. Entlastet werden der Südwall (- 18 %), die Westcellertorstraße (- 9 %) und die Wehlstraße (- 6 %).

Sollte der dritte Bauabschnitt der Ostumgehung vor Gericht scheitern, nimmt der Verkehr nach der Prognose im Nordwall um über 100 % zu, in der Blumlage wird ein Zuwachs von 44 %, für die Allerbrücke von 25 % und für die Wehlstraße 27 % erwartet.

Ganz egal ob mit oder ohne Ostumgehung, ein Hinweis der Gutachter ist herauszustreichen: „Inwiefern die prognostizierten Verkehrszunahmen im Nordwall noch verträglich sind, ist anhand schalltechnischer und luftschadstofftechnischer Berechnungen näher zu untersuchen.“

An andere Stelle heißt es: „In der Verkehrsuntersuchung zum Nordwall/B-Plan 142 des Büros FPB, Stand September 2013, wird festgestellt, dass bereits heute (vorhandener Straßenquerschnitt, Einbahnstraße) die zulässigen Immissionsgrenzwerte (gem. 16. BImSchV) für Kern-, Dorf-, Mischgebiete erreicht bzw. überschritten werden. Eine Verdopplung des Verkehrs durch die Öffnung des Nordwalls würde zu einem Anstieg der Lärmbelastung um bis zu 3 dB führen. Diese erheblichen Belastungen durch Lärm und Schadstoffe erzeugen zwangsläufig große Schwierigkeiten bei einer angestrebten Sanierung und Wiedernutzung leerstehender, baulich mangelhafter Substanz oder der Entwicklung ergänzender neuer Strukturen.“

Dieser Misere begegnen die Gutachter mit einer Präferenz für die teuerste und gravierendste Veränderung, stichwortartig zusammengefasst: „Komplett-rückbau [= totaler Abriss], Neubebauung – max. Aufweitung des Straßenraumes (beidseitig Gehweg, Radweg, Parkstreifen“.

Der im Jahr 2010 für NO₂ [Stickstoffdioxid] gültige Grenzwert in Höhe von 40 µg/m³ wird in Celle in 5 Abschnitten überschritten. Die höchste Belastung wird für einen Abschnitt im nordwestlichem Bereich des Nordwalls mit einem NO₂-Jahresmittelwert von 46 µg/m³ ermittelt.

Quelle: Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim: Modellgestützte Abschätzung der Luftschadstoffbelastung. Celle April 2012

Warum ist dies aus Sicht der Gutachter der „beste“ Weg: „Für die Entwicklung der Bebauungsvarianten stellt die durch das hohe Verkehrsaufkommen erzeugte Lärm- und Schadstoffbelastung für die angrenzenden bestehenden und neuen Gebäude und Nutzungen ein gravierendes Problem dar. Dies betrifft den Nordwall selbst, aber auch die angrenzenden Gebiete beispielsweise nach Norden (Fritzenwiese). Eine offene Bebauung im Verlauf des Nordwalls würde die bestehenden Probleme zusätzlich auf weitere, insbesondere durch reine Wohnnutzung geprägte Bereiche ausdehnen. Neben dem städtebaulichen Argument für eine altstadttypische geschlossene Bebauung spricht insbesondere auch die Schallschutzproblematik für eine konsequente geschlossene Bauflucht.“

Kurzum: Nur durch Komplettabriss und Neubebauung lassen sich vielleicht die Immissionsprobleme in den Griff bekommen. Aber selbst da ist das Gutachten vorsichtig. In der Zusammenfassung ist zu lesen: „Dringend empfohlen wird die Erstellung eines Gutachtens zur Berechnung der Lärm- und Luftschadstoffbelastungen, um die Machbarkeit der hier vorgestellten Lösungsansätze abzusichern.“

Bei einer Pressevorstellung des Gutachtens spielte die Verwaltungsspitze die vielen Fragezeichen des Gutachtens herunter. Es blieb der Ratsfraktion die Linke/BSG überlassen, diesem Zweckoptimismus zu widersprechen: „Ein Haufen ungelöster Probleme und Verkehre werden nur verlagert.“ Interessant war der Kommentar vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Heiko Gevers auf „celleheute.de“: „Der Ratsherr Müller hat durchaus recht mit seiner Aussage, dass noch eine ganze Reihe von Problemen zu lösen ist.“ Und gegenüber der CZ äußerte er sich so: „Gerade sind wir dabei zu überlegen, wie wir die Finanzen unserer Stadt in den Griff bekommen können, und in der Zeitung wird uns von der Verwaltung die teuerste Maßnahme des Nordwallumbaus als einzig sinnvolle Variante empfohlen. Spart eigentlich nur der Rat – oder macht sich auch die Verwaltung Gedanken über Einsparungen?“

Weiterhin als „Herr der Ringe“ sehen sich die Stadtentwicklungsexperten von SPD und Bündnisgrünen. Jürgen Rentsch (SPD) gegenüber „celleheute.de“: „Die SPD-Fraktion begrüßt die Empfehlung des Gutachtens. Sie bestätigt eindrucksvoll, dass die bisherigen Planungen auf dem richtigen Weg sind. Wenn man schon den Nordwall umbaut, dann sollte das Motto heißen: Ganz oder gar nicht! Also bitte keine halben Sachen, sondern für alle Verkehrsteilnehmer

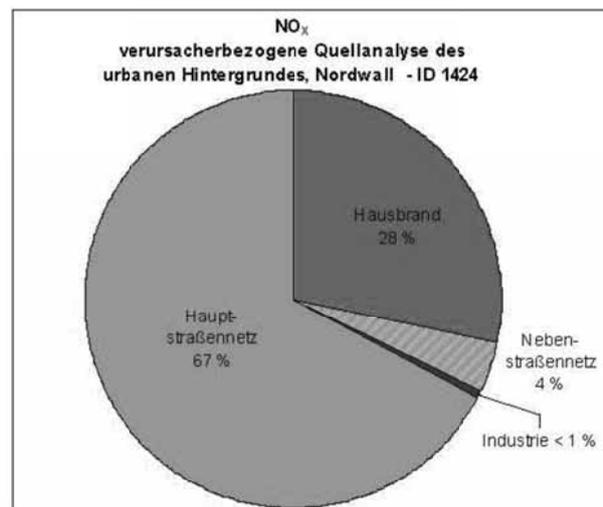


Abbildung 7-8: Prozentuale Aufteilung des urbanen Hintergrundanteils in im Nordwall (ID 1424) nach Verursachern (NO_x), 2010¹⁷

das Optimale herausholen. [...] Natürlich befinden wir uns in finanziell schwierigen Zeiten. Zum Stillstand der Weiterentwicklung der Stadt darf das aber nicht führen. Das würde alles nur noch schlimmer machen. Die Stadt muss attraktiv bleiben. Dazu gehören auch Straßenbaumaßnahmen zur Verbesserung der Erschließung von Stadtteilen.“

Und Bernd Zobel (Bündnisgrüne) meint: „Mit dem vorliegenden Gutachten Stadtquartier Nordwall/Schuhstraße kann die Planung des Nordwall-Quartiers wieder Fahrt aufnehmen, nachdem Stillstand und Verzögerung in den letzten zwei Jahren bestimmend waren. Verbesserung der Erreichbarkeit der Altstadt, bessere Erschließung des Schuhstraßen-Nordwall-Quartiers, Entlastung der Nebenstraßen Fritzenwiese, Theo-Wilkens-Str. und Schuhstraße sowie bessere und schnellere Feuerwehrausfahrten sind gewichtige Argumente für den Zweirichtungsverkehr.“

Bloß kein Stillstand? Immer schön freie Fahrt für freie Bürger? Es ist ein übler Schildbürgerstreich, gerade in der Straße mit der größten Schadstoffbelastung den Verkehr zu verdoppeln und zu hoffen, das Problem sei irgendwie über die Form der Bebauung in den Griff zu bekommen.

In der „Leitbilddiskussion“ hieß es 1998 noch: „Die Innenstadt sollte vom motorisierten Individualverkehr so weit wie möglich entlastet werden, wodurch der Lebensraum Innenstadt aufgewertet würde.“

Und eins ist nach dem Gutachten so klar wie vorher: Die städtebauliche Aufwertung des Nordwalls geht auf der Grundlage der bisherigen Verkehrsführung nicht schlechter, sondern besser: Einspurig ist vielleicht das Immissionsaufkommen zurückführbar, einspurig lässt sich Raum schaffen für „Nebenanlagen“ (also Radfahrer*innen und Fußgänger*innen) und einspurig ist weder Enteignung noch Abriss erforderlich.



„Meine persönlichen Vorstellungen müssen gemeinsam entwickelt werden.“

Ist das nicht herzallerliebste? Mit diesem Satz reagierte Oberbürgermeister Mende auf seine krachende Niederlage vor dem Lüneburger Verwaltungsgericht, das der gegen seine Absichten zur Änderung der Aufgaben im Verwaltungsvorstand votierenden Ratsmehrheit Recht gab. Dieser Satz ist genauso – sagen wir mal freundlich – grenzwertig wie die Nummer, mit

der Berufung aufs Hausrecht die verdutzten Vorsitzenden der Ratsfraktionen aus einem Besprechungsraum im Rathaus hinauszukomplementieren.

Ist das nicht ein Musterbeispiel für eine narzisstische Persönlichkeitsstörung?

„Wenn ein OB nicht einmal darüber entscheiden kann, für was er gewählt worden ist, macht es wenig Sinn, solche Ämter anzustreben. Populisten allerdings wird man wohl immer gewinnen können.“ So zieht Mende sein Fazit aus der Verwaltungsgerichtsentscheidung, die im übrigen nur bestätigte, was vorher schon die Kommunalaufsicht, also das nds. Innenministerium genauso gesehen hatte.

Wie Herr Sander einmal in Lehmanns Partyscheune standhaft blieb

LSG, NSG oder vielleicht doch LSD?

Immerhin hatte er den Ex-OB Martin Biermann im Gerichtssaal und bei der anschließenden Bewertung fest an seiner Seite. Oh, was für ein Durcheinander auf dieser Versammlung 200 aufgebrachter Boyer und Klein-Hehlener Bürger*innen, die sich gegen die Einrichtung eines Naturschutzgebietes (NSG) in der Unteren Allerniederung in Lehmanns Partyscheune Anfang März in Stellung gebracht hatten.

Die Gegner eines NSG - und das waren fast alle der Anwesenden - angeführt von Ulrike und Joachim Schade und Prof. Tjark Lierse (über den Ratsherr Heiko Gevers, der die Veranstaltung leitete, später sagen sollte „...was so ein Maschinenbauingenieur so alles vom Naturschutz weiß!“), der sich zur Aufgabe gemacht hatte, die „Diskussion zu bündeln“ und zu diesem Zweck einen gefühlten zweistündigen Power-Point-Vortrag zum Besten gab. Aber der Reihe nach.

Zunächst einmal stellte Lothar Sander, städtischer Fachdienstleiter für Umwelt- und Klimaschutz, den Zuhörer*innen fundiert und in klaren Worten den Sachverhalt dar und informierte über die zeitliche und inhaltliche Entwicklung, die dieses Projekt „NSG Untere Allerniederung bei Boye“ genommen hatte. Er arbeitete klar heraus, dass es auf gar keinen Fall in Frage käme, die Umsetzung der FFH-Richtlinie der EU über ein Landschaftsschutzgebiet (LSG) zu bewerkstelligen, da dies nach seiner Auffassung bei weitem nicht ausreiche. So lange er lebe, käme nur ein NSG in Frage (anders ausgedrückt: Ein LSG nur über seine Leiche).

Denn schon 1998 wurde die Aller incl. einige ihrer Nebenflüsse vom Land Niedersachsen der EU als FFH-Gebietsvorschlag gemeldet, „und dies nicht deshalb, weil dort bereits ein optimaler Zustand für seltene, in ihrem Bestand bedrohte und wild lebende Tier- und Pflanzenarten gegeben war, sondern weil die Aller mit ihrer Flusslandschaft im nordwestdeutschen Flachland zu den wenigen überhaupt noch - im Sinne der Vernetzung der Lebensräume dieser Tier- und Pflanzenarten - grundsätzlich geeigneten Gebieten gehört.“ (CZ v. 4.03.2014).

Und da gehört der Naturschutzgedanke ja überhaupt hin, in einen größeren Rahmen, in übergeordnete Zusammenhänge, wie z.B. eben auch das Aller-Wesergebiet als jahrtausendalte Kulturlandschaft.

Im Gegensatz dazu stehen die Einzelinteressen einiger Weniger, die sich gegängelt und eingeschränkt fühlen, weil sie mit ihren Golden Retrievern, Pferden und Kindern auf den Wegen bleiben sollen (was sie, nebenbei bemerkt, schon immer mussten, aber nicht getan haben),

und die Kinder könnten nicht mehr in der Aller baden (was sie unter gesundheitlichen Aspekten unterhalb des Klärwerks sowieso bleiben lassen sollten, gar nicht zu reden vom Baden im Fluss unterhalb Wietzes, wo die Abwässer der Hähnchenindustrieschlachtereierothkötter die Bundeswasserstraße Aller zur Schlachtwasserstraße degradieren).

Dann werfen die Gegner eines NSG der Verwaltung vor, sie bediene sich reiner „Naturschutzlyrik“ für die Begründung einer Verordnung über so ein NSG. Sie bestreiten schlichtweg das Vorhandensein schützenswerter Lebensräume für Tiere und Pflanzen, bzw. diese wären „nur mit viel Phantasie zu lokalisieren“ (aus dem Protestbrief von U. u. J. Schade an die Vorsitzenden der Celler Ratsfraktionen). Und dass dann weder der eingangs erwähnte Prof. Lierse noch die beiden Schades allzu viel über „die Natur“ wissen (oder wissen wollen),

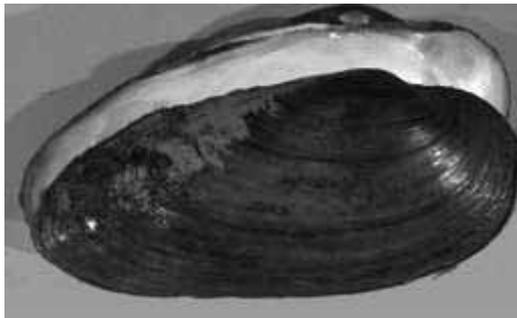
zeigte sich beispielhaft an diesem Abend an dieser frei konstruierten Assoziationskette:

Verwaltung erlaubt weiterhin Schiffsverkehr auf der Aller - die muss deswegen ausgebaggert werden - deswegen sterben beachtliche Mengen an Flussperlmuscheln auf den Abraumbergen.

Richtig ist: Die Aller ist eine Bundeswasserstraße, da hat der Fachdienstleiter Sander garnix zu erlauben - ausgebaggert wird an ein paar neuralgischen Punkten (z.B. an der Fuhseeinmündung), um die Befahrbarkeit zu gewährleisten (Pflichtveranstaltung fürs WSA Verden) - es gibt und gab und wird sie nie geben: die Flussperlmuschel (*Margaritifera margaritifera* L.) in der Aller, da diese sich ausschließlich parasitär in den Kiemen von Bachforellen entwickeln kann, und die wiederum kommen nur in Bächen und Flüssen mit einem Kieselsteinbett vor, die noch kein Bauer überdüngt oder sonstwie verdreckt hat. Aber vielleicht ist ja die Phantasie mit den reichen Boyer Bürger*innen durchgegangen, die meinen, sie hätten schon seit Generationen Perlenketten von eben diesen Muscheln getragen.

Die Muscheln, die tatsächlich häufig vorkommen, sind Malermuscheln (*Unio pictorum* L.) - siehe Foto. Die heißen so, weil die armen Kunstmaler, die sich oft keine extra Schälchen dafür leisten konnten, ihre Farben in den Muschelschalen mischten.

Da sämtliche Fristen für Einwendungen, sogar für Anregungen, mittlerweile verstrichen sind, ist es gewiss: Das NSG kommt. Und dann gibt's auf der nächsten Party in der Scheune vielleicht ein wenig LSD. Streng verteilt nach einer EU-Richtlinie. Achnee, besser doch nicht.





71 Selbstanzeigen

Korrekte „Selbstanzeigen“ von Steuerbetrüger*innen schützen vor Strafverfolgung. Im Bereich des Finanzamtes Celle nutzten dies 71 Personen, die offenbar zusammen einen hohen sechsstelligen Betrag hinterzogen, indem sie Kapitalerträge aus in der Schweiz angelegtem Geld nicht versteuerten. Unsere Reichen – immer wieder vorbildlich.

Vitali & Henning

Selbstverständlich trieb sich unser lokaler Rüstungslobbyist, der CDU-Bundestagsabgeordnete Henning Otte auf der Münchener Sicherheitskonferenz herum. Ganz wichtigpupichtig ließ er sich mit „Berlins Mann in Kiew“, Vitali Klitschko, ablichten. Dass er schon fast das Zeug zu einem Staatssekretär hat, verdeutlicht seine Pressemitteilung: „Ich fordere, dass das Ukrainische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung hat und die Regierung vorgezogene freie Wahlen ermöglichen sollte. Ebenso sollte eine unabhängige Kommission eingesetzt werden, die die schweren Menschenrechtsverletzungen untersucht.“ Die Richtung stimmt in jedem Fall: Deutschland und die EU wollen die Ukraine in ihrem Einflussbereich, und für so was sind schon seit hundert Jahren Selbstbestimmung und Menschenrechtsverletzungen die passenden Begriffe.

Hausrecht

Celle arbeitet gezielt an „Alleinstellungsmerkmalen“. Dazu dürfte gehören, dass OB Mende im Februar mit Berufung auf sein „Hausrecht“ die Vorsitzenden der Ratsfraktionen aus dem Rathaus schmiss. Na gut, nicht aus dem Rathaus, aber aus einem Besprechungszimmer. Sein Anlass: Der CDU-Fraktionsvorsitzende Gevers hatte sich angemaßt zu fragen, ob es

vorstellbar sei, neben der Neuwahl des Stadtbaurats auch die Wiederwahl von Susanne Schmitt auf die Tagesordnung der Ratssitzung zu setzen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende sekundierte „seinem“ OB und erklärte die Anfrage zu einem „Erpressungsversuch“.

Nix mit Schmitteinander

Celles Erste Stadträtin Dr. Susanne Schmitt muss sich zum November einen neuen Job suchen. OB Mende wollte sie anscheinend partout loswerden. Eine einfache Ratsmehrheit zu ihrer Wiederwahl nach Ablauf ihrer ersten achtjährigen Amtsperiode hätte nur gereicht, wenn er von seinem Vorschlagsrecht Gebrauch gemacht hätte. Dagegen wäre eine Dreiviertelmehrheit im Rat erforderlich gewesen. SPD und Bündnisgrüne aber wollen unbedingt eine Neuausschreibung der Stelle. – So scheinen jetzt die Chancen wieder „gut“, dass, wie bis in die 1980er Jahre hinein, der Verwaltungsvorstand eine reine Männerrunde wird.

Abgewiesen

Erfolglos agierten die neuen „Buddys“ Mende und Biermann vor dem Lüneburger Verwaltungsgericht. OB Mende hatte den Rat verklagt und sich den Ex-OB als Rechtsanwalt engagiert (auf Stadtkosten selbstverständlich). Worum ging es? Der Rat hatte per Mehrheitsbeschluss den OB in seiner Absicht ausgebremst, die Aufgabenverteilung im Verwaltungsvorstand umzubauen; konkret: der 1. Stadträtin ihre Zuständigkeit für Wirtschaftsförderung wegzunehmen. Der Rat berief sich dabei auf einen Beschluss aus dem Jahr 2009, in dem er eine Richtlinie zur Aufgabenverteilung beschlossen hatte. Nachdem schon die Kommunalaufsicht Mende eine Abfuhr erteilt hatte, war jetzt auch das Verwaltungsgericht der Auffassung, dass die „Organisationsgewalt“ sein Ansinnen nicht decke.

Da Demut nicht gerade zum emotionalen Haushalt der beiden Alphatiere gehört, ergingen sie sich anschließend in Gerichtsschelte: Das Urteil sei „so nicht hinnehmbar“ (Mende) und „ein Stück aus dem Tollhaus (Biermann). Aber vielleicht ist das alles kein Zufall: Immerhin hieß einer der Beisitzer der 5. Kammer Mielke.

Junges Theater

Bekommt Celle demnächst noch ein Kinder- und Jugendtheater? Der Kulturausschuss gab in seiner Sitzung am 13. März schon mal „grünes Licht“ für den Plan des designierten Schloss-theater-Intendanten Andreas Döring. Er will in der Halle 19 auf dem Gelände der CD Kaserne (ehemalige „Residenzhalle“, Ersatzspielstätte während der Theatersanierung) ein Kinder- und Jugendtheater mit integrierter kultureller Begegnungsstätte einrichten.

In der Ausschussvorlage war zu lesen: „Das Vorhaben hat dadurch Dringlichkeit erlangt, dass das Land Niedersachsen kurzfristig über nicht verwendete EU-Fördermittel verfügen kann. Der Förderantrag des Theaters sieht EU-Mittel in Höhe von 270.000 € bei Gesamtkosten in Höhe von 360.000 € vor. Die Drittmittel werden über weitere Förderinstitutionen beantragt bzw. durch den Wirtschaftsplan 2014/15 gedeckt; eine Sonderzuwendung der Träger Stadt und Landkreis Celle ist nicht vorgesehen. Die laufenden Kosten sollen sich aus dem Betrieb des Kinder- und Jugendtheaters finanzieren. Neben der Einrichtung einer Kinder- und Jugendtheatersparte ist die Schaffung einer offenen kulturellen Begegnungsstätte antragsrelevant. Es ist vorgesehen, in enger Zusammenarbeit mit der CD Kaserne qualifizierte offene Angebote zu schaffen, die die Kulturszene von Stadt und Region integrieren und ergänzen. Ziel ist die Entwicklung eines theaterpädagogischen Zentrums als Netzwerk der Theaterpädagogik, aber auch als Partner für Institutionen und Personen mit den Interessenschwerpunkten Theater, Kultur und Bildung.“

Die laufenden Kosten sollen aus den Einnahmen des Kinder- und Jugendtheaters gedeckt werden. Für den Fall, dass das nicht klappt, wären Stadt und Landkreis im Rahmen der Zweckbindung von EU-Mitteln allerdings verpflichtet, mindestens 15 Jahre für alle entstehenden Kosten aufzukommen.

Die CZ berichtete, dass das „Junge Theater Celle“ 180 Plätze haben soll und 180 Spieltage im Jahr anbieten will. Unklar blieb, bei welcher Auslastung denn tatsächlich eine Kostendeckung erreichbar ist. Aktuell gibt es in der Stadt knapp 8.000 Kinder und

Jugendliche zwischen 6 und 18 Jahren. Bei einer 50%-igen Auslastung wären hier zwei Theaterbesuche pro Jahr notwendig. – Das nur als kleine Rechnerei am Rande.

Nix mit Klimaschutz im Landkreis

Alle Jahre wieder ... lässt Landrat Wiswe Initiativen zum Klimaschutz und einer von unten gestützten Energiewende auflaufen. War es in der vergangenen Wahlperiode vor allem die Fraktion Die Linke/BSG, die z.B. ein Klimaschutzkonzept und eine Klimaschutzagentur forderte, so ist es jetzt die Fraktion von Bündnis '90/Die Grünen. Sie hatte im Dezember 2013 die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes und die Einrichtung der Klimaschutzagentur beantragt. Die CDU/WG-Mehrheit im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Tourismus sagte Anfang März erneut: Nein.

Immerhin hat die Kreisverwaltung mitbekommen, dass beim „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ in der Förderperiode 2014 bis 2020 ein Schwerpunktbereich der Klimawandel ist. Deshalb bewirbt sich der Landkreis jetzt beim Bundesumweltministerium um Fördermittel für die Erstellung eines Vorgutachtens. Zitat aus der Ausschussvorlage: „Da Klimaschutz absehbar eines der Hauptthemen der neuen Förderperiode sein wird, soll die Erstellung eines Gutachtens beauftragt werden, um eine Analyse des Ist-Zustandes und der Optimierungs- und Handlungspotenziale vorzunehmen, Schwerpunkte und Arbeitsfelder zu ermitteln sowie einen Vorschlag für einen Zeit- und Maßnahmenplan zur Umsetzung eines strukturierten Klimaschutzprozesses zu entwickeln. [...] Dieses Vorgehen wird Kommunen angeraten, die am Anfang ihrer Klimaschutzaktivitäten stehen und eine umfangreiche Bestandsaufnahme vornehmen wollen. Die Kosten für die Erstellung eines Gutachtens (max. werden 15 Beratertage gefördert) liegen nach einem Angebot bei ca. 11.000 €. Der Eigenanteil des Landkreises betrage bei 65%iger Förderung ca. 4.000 €.“ Das dies gewissermaßen aus der Portokasse bezahlt wird, macht der Haushaltstitel deutlich, aus dem die 4.000 € genommen werden sollen: „Besondere Aufwendungen der Wirtschaftsför-

derung“.

Gemäß der an der Trift dominierenden Klippschullogik braucht man ohne Klimaschutzkonzept selbstverständlich auch keine Klimaschutzagentur. Was im wesentlichen zeigt, dass sich Wiswe und seine Mannen keine halbe Stunde damit beschäftigt haben dürften, was eine kommunale Klimaschutzagentur ist. Und damit sieht es auch im Stadtrat für den Antrag der Fraktion Die Linke/BSG schlecht aus auf Einrichtung. Denn nach den Erfahrungen andernorts wäre eine Kooperation von Landkreis, Städten und Gemeinden in einer Region die sinnvollste Basis.

Gepfefferte Strafe

Eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe von acht Monaten sowie eine Geldstrafe in Höhe von 900 Euro musste ein Antifaschist dafür hinnehmen, dass im Februar 2013 drei Nazis bei einem „Info“-Stand auf dem Celler Brandplatz mit Pfefferspray in Kontakt kamen.

Es fährt kein Zug

Ein Wort mit X - das war wohl nix. Acht stillgelegte Bahnstrecken will die Landesregierung wiederbeleben. Auf der Ausgangsliste stand auch die Strecke Celle-Bergen. Doch die zuständige Landesnahverkehrsgesellschaft setzte sie nur auf Platz 16. Selbstverständlich zeigten sich die Landespolitiker und auch Landrat Wiswe enttäuscht. Maximilian Schmidt (SPD) legte sich in einer PM sogar mit seiner Landesregierung an: „Ich fordere dringend eine zweite Runde bei der Reaktivierung von weiteren Strecken ein.“

CeBus gescheitert

Nachdem ein Antrag des Celler Busunternehmens CeBus auf eigenwirtschaftliche Übernahme des ÖPNV im LK Celle Ende vergangenen Jahres von der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) abgelehnt worden war, hatte CeBus Anfang des Jahres ein Nachprüfungsverfahren bei der Vergabekammer in Lüneburg angestrengt. Insbesondere wurde darin beanstandet, dass der Landkreis das wettbewerbliche (gemeinwirtschaftliche) Verfahren zur Vergabe des kreisweiten Busverkehrs eingeleitet hat, ohne zuvor eine Entscheidung der LNVG

über den von CeBus gestellten eigenwirtschaftlichen Antrag abzuwarten. Eigenwirtschaftlich bedeutet, dass das Unternehmen die Kosten für das Verkehrsangebot aus den Einnahmen der Dienstleistung bestreiten muss. Im Gegensatz zu einem im Wettbewerb vergebenen Verkehr werden dabei keine öffentlichen Zuschüsse gewährt.

Die Vergabekammer folgte der Rechtsauffassung von CeBus nicht. Für die Sichtweise des Unternehmens habe sich keine gesetzliche Grundlage gefunden. Der Landkreis sei im Rahmen einer Prognoseentscheidung zum eigenwirtschaftlichen Antrag berechtigt, zu bewerten, ob dieser eine ausreichende Verkehrsbedienungs ohne öffentliche Zuschüsse ermöglichen oder nicht. Vor dem Hintergrund, dass CeBus bereits heute umfangreiche Zuschüsse erhalte und das derzeitige Verkehrsangebot nicht den Vorgaben des Nahverkehrsplanes entspreche, der die Grundlage der Ausschreibung bilde, habe der Landkreis diese Frage verneint und das wettbewerbliche Verfahren eingeleitet. Eine Entscheidung der LNVG über den eigenwirtschaftlichen Antrag müsse dafür nicht abgewartet werden.

Last-Minute-Ticket

Immerhin: Neben dem Schlosstheater soll es künftig auch ein „Last-Minute-Ticket“ bei Kunst & Bühne geben. Statt des normalen Preises von 14 Euro sollen einkommensschwache Personen künftig kurz vor Veranstaltungsbeginn noch verfügbare Karten ermäßigt erwerben können. Ein klitzekleiner Erfolg der Fraktion Die Linke/BSG. Union und CD Kaserne sahen bei sich keine Möglichkeiten. - Ach so: Was macht eigentlich die Kulturloge?



Kein Kindergeburtstag



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Der lange Lulatsch: Ich hätte ja Lust, den Schröder anzuzeigen?

Oma Lilo: Wieso das?

Der lange Lulatsch: Ich finde, er hat zugegeben, einen Angriffskrieg geführt zu haben.

Oma Lilo: Du meinst sein ZEIT-Interview.

Der lange Lulatsch: Ja. Um seinen Kumpel Putin in ein besseres Licht zu stellen, sagte er von sich und seiner rot-grünen Regierung bezüglich des so genannten Kosovo-Krieges: „*Da haben wir unsere Flugzeuge nach Serbien geschickt, und die haben zusammen mit der Nato einen souveränen Staat gebombt - ohne dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte.*“ Dafür gibt's nach § 80 StGB mindestens zehn Jahre.

Die Dicke: Vielleicht wollten ihm Rebecca Harms und Daniel Cohn-Bendit deshalb den Mund verbieten.

Oma Lilo: Wie das?

Die Dicke: Na, die grünen Kämpfer für Demokratie und Menschenrechte hatten eine Resolution des EU-Parlaments um eine Passage erweitert, in der es hieß: „*Das Europaparlament bedauert die Äußerungen des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder über die Krise in der Ukraine und betont, dass er keine öffentlichen Aussagen zu Themen machen sollte, die Russland betreffen.*“ Diesen Antragsteil lehnte das Parlament allerdings ab.

Der Besserwisser: Immer für einen Scherz gut, unsere Grünen.

Der lange Lulatsch: Schlimmer ist ja eigentlich, mit welcher Vehemenz sie für den Putsch gearbeitet haben und sich voll auf die Seite der Putschregierung stellen, die ja nun mal unübersehbar Faschisten in ihren Reihen hat.

Die Dicke: Sie folgen der sarkastischen Losung Tucholskys „Rosen auf den Weg gestreut“. Wie heißt es da? „Ihr müßt sie lieb und nett behandeln, / erschreckt sie nicht – sie sind so zart! / Ihr müßt mit Palmen sie umwandeln, / getreulich ihrer Eigenart! / Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft –: / Küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft!“

Oma Lilo: Ein bisschen strittig ist die Bedeutung der Faschisten aber schon, oder?

Die Dicke: Verheugen, SPD-Mann und ehemaliger EU-Erweiterungskommissar ...

Der Besserwisser: Der mit den dicken Lippen?

Die Dicke: Genau. Der spricht von einem Tabubruch, nämlich „*zum ersten Mal in diesem Jahrhundert völkische Ideologen, richtige Faschisten in eine Regierung zu lassen.*“ Das ist Originalton. Die österreichische FPÖ ist für ihn dagegen ein „*Kindergeburtstag*“ - und da habe die EU Sanktionen erlassen, als die in die Regierung kamen.

Oma Lilo: Wieso beurteilt er die Swoboda-Bande als noch gefähr-

licher?

Die Dicke: Er hat gegenüber dem Deutschlandfunk keine Zweifel gelassen und gesagt: *„Die sind getrieben von Russen-Hass, von Juden-Hass und Polen-Hass. Es ist schierer Nationalismus, überzogener exzessiver Nationalismus. Sie rufen nach Atomwaffen für die Ukraine. Sie halten auch die Europäische Union übrigens nicht für ein erstrebenswertes Ziel, sondern die halten die Europäische Union für ein künstliches Gebilde, das sowieso zum Absterben verurteilt ist. Und ich wehre mich gegen diese verharmlosende These, es sind ja nur ein paar, oder gegen diese klassische Theorie der Einbindung. Diese Sache mit der Einbindung von radikalen Kräften ist in der europäischen Geschichte schon mehr als einmal ganz, ganz furchtbar schief gegangen. Das sollten wir nicht vergessen.“*

Der Besserwisser: Für die Grünen-Chefin Katrin Göring Eckart sind sie nur eine *„zwar laute, aber doch sehr kleine für den weiteren Prozess unbedeutende Minderheit.“*

Oma Lilo: Warum laufen die Grünen mit derartigen Scheuklappen durch Gegend?

Der Besserwisser: Es geht halt um Größeres – das Vorrücken der EU an die Südost-Grenzen Russlands. Es geht um die Unterstellung der Ukraine unter die EU und Nato und die Erledigung russischen Einflusses.

Die Dicke: Geopolitik oder Gas?

Der Besserwisser: Klar, auch eine ökonomische Logik. Brüssel wollte von Kiew die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit der EU. Das ist ein guter Deal für die EU, aber sicher nicht für die Ukraine.

Der lange Lulatsch: Irgendwelche Reichen und Superreichen werden schon ihr Schnäppchen dabei machen.

Der Besserwisser: Zum ändern arbeitet die NATO aber eben schon seit Jahren daran, Russland wieder einzuschnüren. Es ist auch ein geopolitisches Schachspiel.

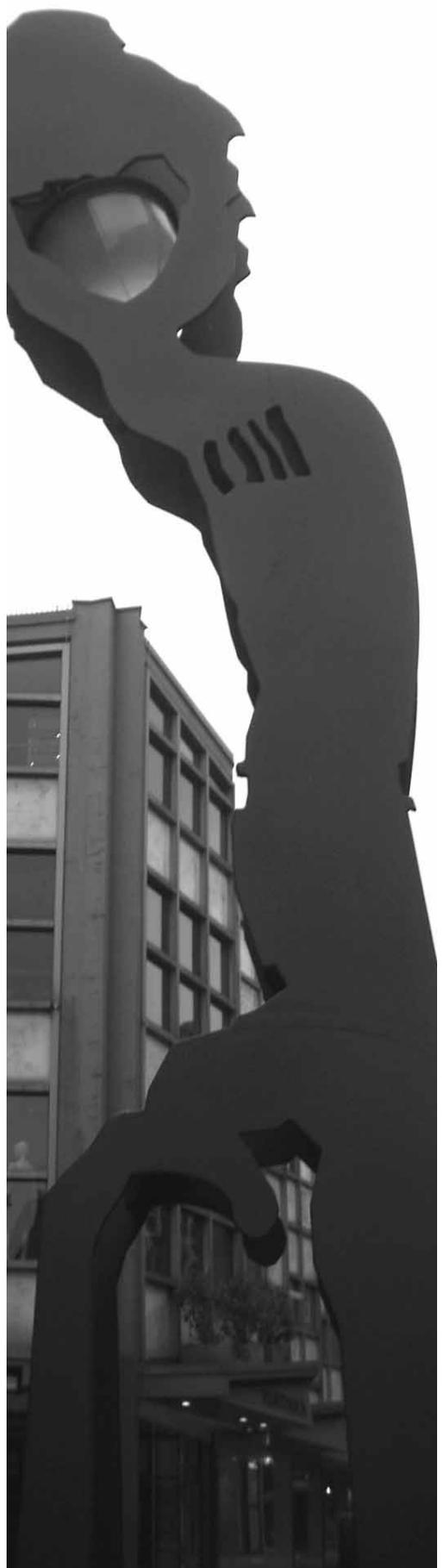
Der lange Lulatsch: Weshalb noch so ein Grüner, nämlich Werner Schu, meint: *„Der einzige Schutz der Ukraine wäre eine möglichst schnelle und dringliche Aufnahme in die NATO.“* Denn, wie er weiter sagt: *„Wir sind seit Jahrzehnten einer Friedenspolitik verpflichtet.“*

(Großes Gelächter bei allen Beteiligten.)

Oma Lilo: Schachmatt ist wahrscheinlich die ukrainische Bevölkerung. Denn jeder Euro, der jetzt aus dem Westen fließt, ist nur zu haben unter dem Troika-Regime.

Der Besserwisser: Was ansteht ist in der Tat die Freigabe von Preisen und Märkten, d.h. der letzte Rest staatlich vermittelter Existenzsicherung. So richtig brauchbar für amerikanisches oder europäisches Kapital wird das Land dadurch nicht. Aber darum ist es letztlich auch gar nicht gegangen. Denn es wird unbrauchbar für Russland, was ja ein schöner Effekt imperialistischer Freiheitsförderung ist.

Der lange Lulatsch: Immerhin winkt den Ukrainerinnen die visa-freie Einreise in die EU. Damit lassen sich dann schön die Bordelle und Märkte für Schwarz- und Billigarbeit auffüllen. Und die Jauchs und Illners haben für ihre Talkshows wieder was, an dem sie sich abarbeiten können.



Tierbefreiungsbewegung enttarnt V-Mann

LKA-Spitzel in Wietze(n)-kampagne

In Braunschweig wurde Ende 2013 der Spitzel Ralf Gross enttarnt. Er hatte seit Frühjahr 2012 dortige Zusammenhänge infiltriert. Im Mittelpunkt seines Einsatzes stand offensichtlich die Kampagne gegen die Schlachtfariken in den niedersächsischen Orten Wietze und Wietzen. Gross interessierte sich aber auch für weitere Kampagnen der Tierbefreiungsbewegung, die Waldbesetzung im Hambacher Forst, überregionale Anti-Repressions und lokale Antifa-Strukturen. Obwohl die Medien ziemlich breit berichteten, greifen wir den Fall in dieser Ausgabe trotzdem auf. Hier die PM der betroffenen Gruppe:

Ralf Gross (Foto) ist ein V-Mann, er arbeitete für das niedersächsische LKA und hat eineinhalb Jahre lang Teile der Widerstandsbewegung gegen die Hühnerschlachtfabriken im niedersächsischen Wietze und Wietzen ausgespäht. Außerdem war er an Kampagnen gegen Tierversuche, Widerstand gegen Kohleabbau und Antifa-Strukturen interessiert. Zwei aufgeflogene Blockaden, Einblicke in den eMailverkehr von Ralf Gross und eine Menge offensichtlicher Lügen lassen jeden Zweifel weichen.

Im Frühjahr 2012 tauchte Gross erstmals bei einem Vortrag über „Europas größte Hühnerschlachtfabrik in Wietze bei Celle“ auf. Dort wandte er sich an den Vortragenden, einen Aktivist der Kampagne gegen die beiden Megaschlachthöfe (in Wietze und Wietzen). Er wolle gerne den Protest unterstützen und suche Anschluss. So kam es, dass Ralf Gross immer häufiger bei Aktionen, Veranstaltungen und Gerichtsprozessen gegen in der Kampagne Aktive auftauchte. Außerdem fuhr er mit zu einer Waldbesetzung gegen den Braunkohletagebau im Hambacher Forst und besuchte andere Kampagnen aus der Tierbefreiungsbewegung. „Ralf fuhr immer mit seinem Auto, holte Aktivist*innen in Braunschweig ab und fuhr sie überall hin“, erzählt eine der Aktivistinnen.

Verdächtig wurde Ralf Gross den Aktivist*innen spätestens, als eine zweite geplante Blockade einer Mega-Schlachtfabrik aufflog und die Aktivist*innen von einem Großaufgebot der Polizei empfangen wurden.

Ralf Gross fungierte auch als Agent Provocateur. Die Aktivist*innen berichten, dass er sie beispielsweise dafür begeistern wollte, eine Mastanlage unter Wasser zu setzen. Auch machte er einen Aktivist auf die Schwachstellen eines LKW aufmerksam, an denen dieser sabotiert werden könnte.

„Dass ein Spitzel in unsere Zusammenhänge geschleust wurde, zeigt für mich ganz deutlich, welche Rolle die Fleischindustrie für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen spielt und wie sehr direkte Aktionen

wie Blockaden den Betrieb stören. Da werden alle Mittel angewandt um Aktivist*innen ans Messer zu liefern. Das geht sogar so weit, dass der Staat selber zu Militanz aufruft!“, kommentiert der Tierbefreiungsaktivist Karl Linde das Vorgehen. „Hier sei nicht die mögliche Sachbeschädigung per se das Problem, sondern der Versuch, Menschen ins Gefängnis zu bringen und so zu brechen“, ergänzt Hannah Engelmann, ebenfalls gegen Tierfabriken aktiv.

Nachdem sich der Verdacht erhärtet hatte, stellte eine kleine Gruppe Nachforschungen an. Die Gruppe erhielt Zugang zu Gross' eMail-Konto und seinem Facebookprofil. In seinem eMail-Account fanden sich Weiterleitungen von eMails, in denen Gross Informationen über Aktivist*innen und Namen weitergab. Als er dann mit dem Vorwurf konfrontiert wurde, stritt er alles ab, verstrickte sich in weitere Widersprüche und zeigte den Aktivist*innen weitere eMails – lies diese sogar abfotografieren. Nach aktuellen Recherchen des NDR war Gross vom LKA Niedersachsen eingesetzt.



Infos: <http://de.indymedia.org/2014/01/351915.shtml>

tierrechtsbewegung.info informiert in einem **Interview** mit Eva, einer Aktivistin der Kampagne, über die Überwachung und Repression gegen Tierrechtsaktivismus – wir dokumentieren Auszüge:

Welche Anzeichen haben sich im Nachhinein als besonders wichtig für den Verdacht, „Ralf“ könne ein Spitzel sein, herausgestellt?

Das war eine ganze Facette von Auffälligkeiten, er hat z.B. in unpassenden Momenten Räume verlassen, um zu telefonieren, er hat aus ungeklärten Gründen von einem Aktionsvorbereitungstreffen erfahren, er hat sehr nervös reagiert, als Leute sich seinen Laptop ausleihen wollten etc. Als nach der zweiten gescheiterten Schlachthof-Blockadeaktion der Verdacht nahe lag, dass Informationen von „innen“ zu der Polizei gedrungen sind, haben wir die Anzahl von Verdachtsmomenten zusammengetragen. Es hat sich herausge-

stellt, dass viele Personen unabhängig voneinander eine Vielzahl von Verdachtsmomenten vorbringen konnten. Das alleine waren noch keine handfesten Beweise, aber es hat uns dazu veranlasst, den Verdächtigungen konkret nachzugehen.

Warum interessieren sich die Behörden deiner Meinung nach gerade für die Tierbefreiungsbewegung und insbesondere für die Proteste gegen Schlachthöfe und Mastanlagen?

Betroffen von Repression sind potenziell alle, die sich Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen in den Weg stellen. Das tut die Tierbefreiungsbewegung. Mit unserem Protest und Widerstand gegen Schlachtfabriken und Mastanlagen haben wir immer versucht, deutlich zu machen, dass Tierfabriken lediglich Symptome einer widerspruchsvollen Gesellschaft sind, die auf Ausbeutung von Menschen und Tieren beruht. Der Polizeiapparat offenbart in diesem Fall nur seinen wirklichen Aufgabenbereich: den Schutz des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Der Schutz von Menschen vor Gewalt ist dabei nur nebensächlich.

Welches Motiv hatte "Ralf" eurer Meinung nach persönlich beim Unterwandern eurer Zusammenhänge und der Weitergabe von Informationen? Welche "wahre" Identität könnte er haben?

Wir gehen gerade sehr stark davon aus, dass Ralf kein ausgebildeter Polizist ist, sondern ein von der Polizei bzw. vom niedersächsischen Staatschutz eingeschleuster V-Mann. Das heißt, er ist wahrscheinlich wirklich Frührentner und die Bspitzelung war sein Nebenjob. V-Leute werden von der Polizei oder dem Verfassungsschutz in Zusammenhänge eingeschleust – oft sind es welche, die selbst mal der Szene nahe standen/stehten. Während des ganzen Einsatzes haben die dann einen VP-Führer, der immer erreichbar ist und auf dem Laufenden gehalten wird. Über sein persönliches Interesse lässt sich zu diesem Zeitpunkt nur spekulieren, wahrscheinlich hat er für diesen „Job“ einiges an Geld bekommen.

Wie erklärst Du Dir, dass bestimmte Aktionen wie z.B. Schlachthofblockaden anscheinend durch den Spitzel durch vorherige Informationsweitergabe an die Polizei verhindert wurden, obwohl dadurch sein weiterer Einsatz gefährdet wurde?

Diese Aktionen greifen direkt in das Geschehen der Schlachtfabriken ein, sie bedeuten einen ökonomischen Schaden für die Unternehmen, stoßen auf eine breite Akzeptanz der Bevölkerung, sind sehr motivierend für die Bewegung und bringen oft nur sehr geringe Nachteile für die Aktivist_innen mit sich.

Quelle: <http://tierrechtsbewegung.info/2014/01/repression-niedersachsen/>

Reaktionen

Die politischen Reaktionen auf den V-Mann-Skandal waren überschaubar. An solchen Aspekten zeigt sich immer wieder, dass es doch ganz schön wäre, eine Fraktion der LINKEN im Landtag zu haben. Denn die Parteien der Landesregierung (SPD und Bündnisgrüne) zeigen wenig Interesse an einer Aufklärung. So ist aus Hannover nur von einer Initiative des CDU-Landtagsabgeordneten Thomas Adasch zu berichten, der eine Unterrichtung im vertraulich tagenden Ausschuss für Inneres beantragte: „Wir wollen weitere Details über die Hintergründe erfahren.“ Das war's dann aber auch; was er erfahren hat, enthält Adasch bis heute der Öffentlichkeit vor.

Im lokalen Raum äußerte sich der KV der Bündnisgrünen empört darüber, dass ein V-Mann des niedersächsischen Landeskriminalamts Mitglieder einer Tierschutzgruppe zu Straftaten anstiften wollte. „Es ist selbstverständlich, dass die Polizei engagiert an der Aufklärung der Brandanschläge arbeitet“, so Nadin Bisewski, Sprecherin der Celler Bündnisgrünen. Der hierbei eingesetzte Vertrauensmann Ralf G. habe jedoch nicht zur Ermittlungstätigkeit des LKA beigetragen, sondern aktiv versucht, Tierschützerinnen und Tierschützer zum Legen von Bränden sowie Sabotieren von Transportfahrzeugen zu ermutigen. „Es ist ein Skandal, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich friedlich und gewaltfrei für Tierrechte einsetzen, auf diese Weise kriminalisiert werden sollen!“ Sie forderte eine schonungslose Aufarbeitung, inwieweit das Landeskriminalamt Kenntnis über die Aktivitäten des Vertrauensmannes hatte. – Wetten, dass ihre rot-grüne Landesregierung sich einen Scheiß um diese Forderung schert?

Die Bürgerinitiative Wietze meldete sich nicht zu Wort; das von der CZ veröffentlichte Statement, mit dem sich die BI-Sprecherin Uschi Helmers erneut von militanten Aktionen distanzierte, erschien eher aus dem CZ-Archiv hervorgeholt. Trotzdem sei es an dieser Stelle mal gesagt: Eine BI, sollte sich, will sie denn politischer Akteur sein, zu dieser Aktion verhalten.



Vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Rap-Band gegen rechts

Erinnerungen von Esther Bejarano

In der Einführung beschreibt die Herausgeberin, Antonella Romeo, die Zusammenarbeit, bei deren Beginn eine leicht vergilbte Niederschrift von Esther Bejarano aus den Tiefen eines Schanks geholt wurde. Es ist kein Tagebuch, sondern eine Erinnerung, die Esther Bejarano erst Ende der 1970er verfasst hat. Ihr Leben von Ende der 1970-er Jahre, also auch ab Ende der Aufzeichnungen, bis heute wird durch Protokolle des Gesprächs zwischen Antonella Romeo und Esther Bejarano dargestellt.

Esther kommt 1924 als jüngstes von 5 Kindern, in einer jüdischen gutbürgerlichen Familie, die einen koscheren Haushalt führte, zur Welt. „Trotzdem waren meine Eltern liberal und weltaufgeschlossen“, so Esther. Die Beschreibung ihrer behüteten Kindheit mit vielen Freiheiten, viel Musik, die in ihrer Familie – der Familie Loewy - schon immer eine große Rolle spielte, Festen und Kinderstreichen aber auch mit der traurigen Darstellung des gewaltsamen Todes einer ihrer Brüder, endet mit „Es war eine schöne Zeit“.

Ende 1934 überrollte die Familie Loewy der Anti-

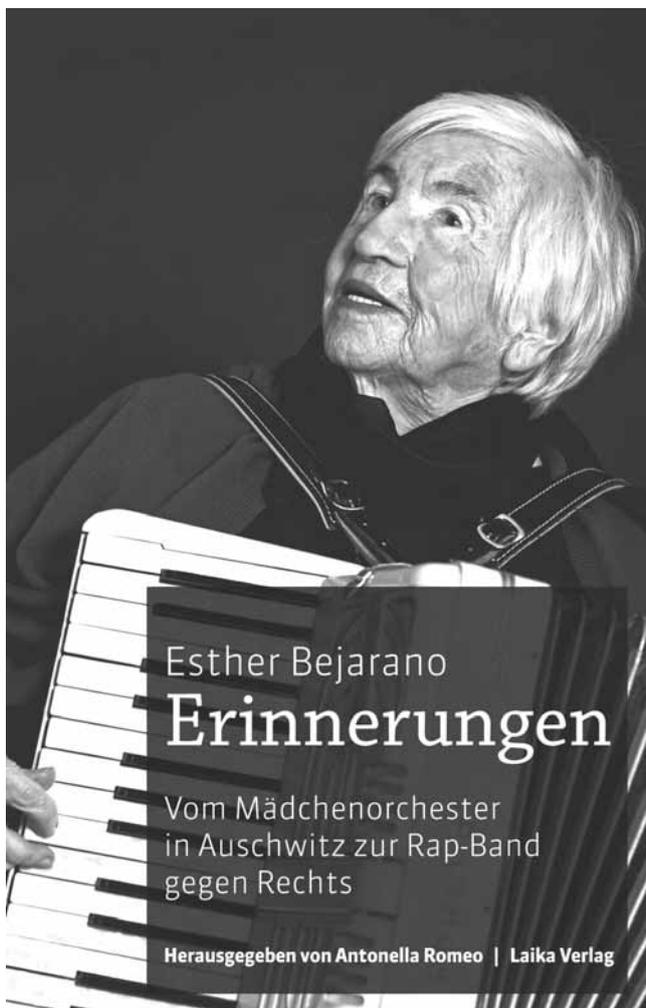
semitismus. Mit dessen Voranschreiten wuchsen auch die Repressionen und Einschränkungen des Lebens der Familie Loewy. 1935 wanderten viele jüdische Familien aus. Vater Loewy „glaubte, dass die Judenhetze nur eine vorübergehende Sache sei“, ein großer Irrtum, der ihm, wie so vielen, das Leben kostete. Die Familie blieb also in Deutschland.

1939 kam Esther in ein Vorbereitungslager zur Auswanderung nach Palästina in der Umgebung von Berlin, während ihre Eltern nach Breslau zogen. Als 1941 alle Vorbereitungslager geschlossen wurden, wurden die Jugendlichen in das Zwangsarbeitslager Neuendorf bei Fürstenwalde gebracht. Es folgte 1943 die Deportation nach Auschwitz und später nach Ravensbrück. 1945 konnte sie dem folgenden Todesmarsch entfliehen.

Nun wollte sie nur noch weg aus Deutschland und ging nach Palästina. Dort traf sie ihren späteren Mann Nissim und gründete mit ihm eine Familie. Die Kinder Edna und Joram wurden geboren. Nissim wollte als Pazifist nicht wieder zum Militär. Um nicht ins Gefängnis zu müssen, drängte er die Familie auszuwandern. Eine Auswanderung nach Deutschland fiel Esther sehr schwer, aber sie hatte Freunde in Hamburg und sie hörte, dass die BRD ein anderes Deutschland wäre, ohne Hass auf Ausländer und Juden. Also verließ die Familie Bejarano 1960 Israel. In Deutschland angekommen, kämpfte Esther mit den inneren Dämonen. Deutsche in Uniform waren ihr ein Gräuel. Aber die Familie kämpfte auch um ihre Existenz. Esther und Nissim fanden zwar immer Arbeit, es waren zahlreiche unterschiedliche Jobs, aber Esthers israelische Gesangsausbildung wurde nicht anerkannt. Und sie musste auch gegen die dann doch vorhandene Ausländerfeindlichkeit kämpfen. Ihre Kinder konnten zuerst nicht deutsch sprechen und sollten in eine Sonderschule, wie viele migrantische Kinder.

Die Aufzeichnung ihrer Erinnerungen endet damit, dass Esther nach 30 Jahren anfang über ihre Vergangenheit zu sprechen, vor allem mit jungen Leuten und ihre Erzählungen auf offene Ohren stießen. Dazu kam, dass die NPD einen Stand direkt vor der Boutique, die sie damals betrieb, aufbaute. Auf den antifaschistischen Widerstand gegen die Nazis wurde von der Polizei mit Gummiknüppeln eingedroschen, die Nazis wurden beschützt. „Das war zu viel für mich.“ Sie engagierte sich in der VVN und fing wieder an, Musik zu machen als Teil ihres Kampfes gegen Rechts.

All das erzählt Esther in ihren Erinnerungen in einfachen schnörkellosen Worten, vielleicht berührt es die Leser*innen gerade deshalb so sehr, es ist so unpathetisch. Neben all den Grausamkeiten sie erleiden musste und die die Leser*innen von ihr erfahren, wird



Bejarano & Microphone Mafia wieder in Celle

auch ihr unbedingter Lebenswille immer wieder deutlich. Sie sieht so oft das Gute im Schlechten, sie betont sie Solidarität der Gefangenen. Sie hatte Glück in Neuendorf, wo sie als Zwangsarbeiterin interniert war, denn sie arbeitete bei einem Floristen, der ihr Obst gab, sie gut behandelte. Und es war ein Wunder, dass sie in das Mädchenorchester von Auschwitz kam mit ihrem Akkordeonspiel, obwohl sie gar nicht Akkordeon spielen konnte. Das rettete ihr Leben. So gesehen wirklich ein großes Glück, aber mit einer schrecklichen Kehrseite: *„Diese Situation, die wir da erlebt haben, ist das Schlimmste, was ich je erlebt habe: dort zu stehen und zu spielen, während die Züge zu den Gaskammern führen, und nichts dagegen tun zu können. Du bist so machtlos, und wenn Du etwas dagegen tust, dann ist es dein Ende. Das ist das Schlimmste, was ich erlebt habe in Auschwitz. Ich meine, ich habe ganz schreckliche Dinge gesehen, aber das ist, was mich am meisten bewegt und über die Jahre gequält hat, und das ist bis heute so geblieben.“*

Wie es möglich ist, nach solch einer bis heute quälenden Erfahrung weiterhin Musik zu machen, erklärt Esther so. *„... man muss Musik machen, und ich bin so froh, dass ich heute solche Musik machen kann, die uns hilft, zu erinnern und nachzudenken. Das Leben geht weiter und man muss was tun, damit solche Verbrechen nicht wieder passieren.“* Dann rief 2009 Microphone Mafia bei ihr an. *„Kutlu, der Türke, hat mich angerufen und gesagt: Guten Tag, hier spricht Microphone Mafia. Ich habe geantwortet: Wasss! Mafia? Ich möchte mit der Mafia nichts zu tun haben. Dann sagt er: Wir sind nicht die Mafia, wir heißen nur so. Einen schöneren Namen habt ihr nicht gefunden? Was ist das für ein beknackter Name? So sind wir ins Gespräch gekommen.“* Seitdem machen sie zusammen Musik, die Rapper und die Familie Bejarano. Sie verstehen ihre Musik als eine Antwort auf die Neonazis, die Musik als Propagandamittel einsetzen. Es entstand eine neue Musik, die Grenzen einreißt, zu Frieden und Brüderlichkeit aufruft und an die abscheulichen Ereignisse an allen Orten zu allen Zeiten erinnert. Entstanden von einer Gruppe Musiker*innen aus drei Generationen, drei Religionen, drei Nationalitäten. Für Esther ist die Musik ein Teil ihrer politischen antifaschistischen Arbeit, ihrer zukunftsorientierten Erinnerungsarbeit, genauso, wie ihre Begegnungen mit jungen Menschen. Vor ihnen spricht sie auf Kundgebungen, in Schulen, bei Veranstaltungen.

Dem Buch ist eine DVD beigelegt, darauf ist ein Interview mit Esther Bejarano zu finden, sowie Ausschnitte eines gemeinsamen Konzerts mit der Rap-Band Microphone Mafia.

Esther Bejarano, Erinnerungen. Hrsg.: Antonella Romeo. Laika Verlag Hamburg. ISBN 9783944233-04-8, 21 Euro.

Im Oktober 2010 war es gelungen, Esther Bejarano, ihre Familie und die Microphone Mafia mit ihrem Programm „Per la vita“ nach Celle zu holen. Diejenigen, die an dem Abend dabei waren, werden sicherlich zustimmen, dass es eine beeindruckende Veranstaltung war.

Nun haben Bejarano & Microphone Mafia ein neues Album „la vita continua“ herausgebracht und gehen damit wieder auf Reisen. Auf ihrer Internetseite stellen sie ihr Album wie folgt vor: *„Zusammenrücken und die Menschlichkeit bewahren! Familie Bejarano und die Microphone Mafia haben vor 3 Jahren zusammengearbeitet und ein musikalisches wie auch politisches Projekt ins Leben gerufen, das Esthers KZ-Erinnerungen reflektierte und die autobiographischen Texte, Gedichte, Texte von Brecht und Traditionelles mit Hip Hop und Klezmer mischte. Ein Album, das sensibel erzählt wurde und Mut machte, die Sehnsucht nach Menschlichkeit niemals scheitern zu lassen.“*

Der Fokus liegt erneut auf den ganz starken Worten, die von Esther, Kutlu und Pennino vorgetragen werden und als Grundlage zumeist Klassiker der Coincidence und der Microphone Mafia enthält. Klezmer-Pop, orientalische Klänge, Hip Hop und Kölsche Mundart betten die *“Tränen wie Blut”* in einen globalen Kontext und sind ein Manifest für den antifaschistischen Kampf, aber auch ein Tondokument wider das Vergessen. Die Verständigung der Generationen schafft eine ganz wichtige Perspektive, das Leid zu bewältigen und das Leben wert zu schätzen.



Dieses besondere Projekt muss unterstützt werden, damit die nachfolgenden Generationen begreifen, dass rassistische Gräueltaten nie wieder vorkommen dürfen. Und mit *“la vita continua”* fällt es nicht schwer, dich davon zu überzeugen.“

Samstag, 24.05.2014, um 19:00 Uhr

CD-Kaserne, Halle 16, Eintritt frei!

Veranstalter: DGB Nord-Ost-Niedersachsen und Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus



Vegan – Guerilla #04 Giersch Salat & Pfanne

Fast das erste, was im Frühling sprießt, ist: Giersch. Ja genau, die kleine krautige Pflanze, die gemeinhin als Gärtner-Schreck gilt. Giersch ist bei Gärtnern meist sehr unbeliebt. Inzwischen hat sich aber auch herumgesprochen, dass Giersch sich für alles eignet: Salate, als "Ersatz"-Spinat, für Suppen, Bartlinge und Quiches. Und nebenbei: Der Giersch enthält fast 4x soviel Vitamin C wie die Zitrone. Im Mittelalter wurde der Giersch als Gemüse und Heilpflanze angebaut.

Für erste Experimente empfehlen wir mal einen

Giersch-Radieschen-Salat

Je zur Hälfte junge zart hellgrüne Gierschblätter mit der gleichen Menge Radieschen, in dünne Scheibchen geschnitten, vermengen und mit Essig-Öl Sauce, 1/3 Essig, 2/3 Öl, etwas Senf, Salz und Pfeffer anrichten.

Und wer gern die Bratpfanne schwingt, sollte es versuchen mit

Schrebergärtners Lieblingspfanne

Zutaten: 4-5 Handvoll Giersch (ca. 200g), 2 Zwiebeln, 3 Knoblauchzehen, Olivenöl, Salz, Pfeffer und Zitronensaft oder (Balsamico-)Essig.

Zwiebeln und Knoblauch pellen und in kleine Würfel schneiden, dann mit Olivenöl in einer Pfanne glasig dünsten. Giersch waschen, etwa eine Minute in kochendem Wasser blanchieren (d.h. kurz köcheln lassen); dann herausnehmen, abtropfen lassen und zu Zwiebeln und Knoblauch in die Pfanne tun. Bei geringer Hitze ein paar Minuten dünsten und mit Salz, Pfeffer und Zitronensaft oder Essig abschmecken.

Als "Sättigungsbeilage" passen Nudeln genauso gut wie Kartoffeln.

Im Wald und auf der Heide - #02

Heute: Die Boyer Große Teichperlmuschel

(Anadonta cygnea Boyeii T.)

Vorkommen: In der Phantasie und in den Gartenteichen der Villenvororte.



„Wir haben unseren Anteil an Frauen in Führungspositionen merklich gesteigert.“

So Landrat Wiswe im CZ-Interview am 8.3.2014

Schauen wir mal - „Faktencheck“:

Landrat: Klaus Wiswe

Erster Kreisrat: Matthias Krüger

Kreisrat: Michael Cordioli

Kreisrat: Gerhard Höhl

Immerhin ist die Gleichstellungsbeauftragte beim Landkreis eine Frau.



Forderung: 100 Euro plus 3,5 Prozent

Die Gewerkschaften fordern in der aktuellen Tarifrunde im Öffentlichen Dienst eine Grunderhöhung der Entgelte um 100 Euro plus 3,5 Prozent, eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 Euro monatlich und die unbefristete Übernahme der Auszubildenden. Außerdem verhandeln sie mit den Arbeitgebern über einen einheitlichen Urlaubsanspruch von 30 Tagen für alle und den Ausschluss sachgrundloser Befristungen. Das Tarifergebnis soll zeit- und inhalts-gleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.

Rund 250 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes der Stadt Celle, des AKH, der Sparkasse Celle und verschiedener Landkreismunicipalitäten führten am 18. März einen Warnstreik mit gemeinsamer Abschlusskundgebung auf der Stechbahn durch.

Wir dokumentieren hier die Stellungnahme der ver.di-Vertrauensleute bei der Stadt Celle:

Mit einer maßlos überzogenen Tarifforderung geht die Gewerkschaft Ver.di in die anstehenden Tarifverhandlungen.

So zumindest die Aussage von Innenminister De Maiziere. Das hat schon einen gewissen Charme, vor allen Dingen dann, wenn man sich klar macht, dass auch dieser Politiker genauso schamlos wie fast alle anderen gerade erst einen riesigen Schluck aus der Diätenerhöhungspulle genommen hat. Nur weil man die Mehrheit hat und der Zeitpunkt recht günstig war (nämlich ein Stück weg von den nächsten Wahlen) erhöht die große Koalition ohne jegliches Feingefühl die Diäten der Bundestagsabgeordneten um über 800,00 Euro innerhalb von zwei Jahren.

Und warum macht man das? Ganz einfach, weil man es kann!

Anders sieht es bei den anstehenden Tarifverhandlungen aus. Hier geht es nicht um mehr als 800,00 Euro, sondern es geht um eine mehr als moderate Erhöhung der Entgelte um 100,00 Euro + 3,5%. Außerdem fordert Ver.di einen einheitlichen Urlaubsanspruch von 30 Tagen sowie die unbefristete Übernahme der Auszubildenden und eine spürbare Anhebung der Ausbildungsvergütung um 100,00 Euro.

Obwohl erhebliche Steuermehreinnahmen erwartet werden, wird seitens der Arbeitgeber natürlich wieder das Argument der leeren Kassen angeführt. Außerdem wird von gleicher Seite bei einer Tarifierhöhung mit Privatisierungen gedroht.

Dieses Privatisierungsargument hören wir seit vielen Jahren. Immer wieder dient es dazu berechnete

Forderungen abzublocken.

Und das, obwohl man inzwischen wissen kann, dass sich Privatisierungen langfristig oft als problematisch und teuer erweisen, da sie sich oft negativ auf die Qualität der Dienstleistung auswirken.

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst könnten viele Jahre auf Lohnerhöhungen verzichten, ohne dass sich an der Überschuldungssituation der Kommunen etwas verändern würde.

Hierbei handelt es sich um ein politisches Problem, das auch politisch gelöst werden muss.



Es ist auf Dauer nicht einsehbar, dass sich die Einkommensanpassungen der Beschäftigten von Kommune und Bund knapp oberhalb der Inflationsrate, wenn überhaupt, bewegen und damit hinter der Lohnentwicklung in der privaten Wirtschaft zurückbleiben. Es ist nicht einsehbar, dass wir Verzicht leisten sollen, wenn auf der anderen Seite Unternehmens- und Kapitalerträge erheblich steigen.

Sollten die Arbeitgeber die angemessenen Forderungen der Gewerkschaft zurückweisen, muss eine entsprechende Reaktion erfolgen.

Bei den letzten Tarifrunden haben Warnstreiks mit Hundertausenden eine große Kampfbereitschaft signalisiert. Darauf kann aufgebaut werden.

Wenn Warnstreiks nicht reichen, muss eine Urabstimmung über Streik durchgeführt werden, um den Arbeitgebern zu signalisieren, dass unsere Forderungen angemessen beschlossen und ernst gemeint sind.

Wir sind es wert, wir leisten gute Arbeit und gute Arbeit muss ordentlich bezahlt werden.

Die Ver.di-Vertrauensleute der Stadt Celle.

Konzerne profitieren, Menschen verlieren

Das zwischen der EU und den USA geplante „Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen“ (TTIP) ist ökologisch, sozial, politisch und wirtschaftlich eine Katastrophe. In Geheimverhandlungen zwischen der EU-Kommission und der Regierung der USA wird eine Offensive in den beteiligten Staaten vorbereitet, die die Öffentlichkeit bewusst aus



den Verhandlungen heraushält, um Widerstand gegen diese Politik zu ersticken. Es geht in den Verhandlungen nur am Rande um Zollsenkungen, sondern um sehr grundlegende Dinge, die jede und jeden in unserer Gesellschaft etwas angehen. Von der Aushebelung nationaler Gerichtsbarkeit durch die Festlegung internationaler Schiedsgerichte bis hin zur Einführung von Genprodukten und Chlorhühnern auf dem europäischen Markt sowie der Senkung von Lohnstandards in der EU und den USA steht einiges auf dem Spiel. Sogar Gesetzgebungsprozesse an sich könnten in der EU und in den USA durch die Verabschiedung des Abkommens TTIP grundlegend verändert werden.

Der Celler Rosa-Luxemburg-Club hat zu diesem Thema am Donnerstag, den 8. Mai, den Wirtschaftswissenschaftler Dr. Christian Christen, eingeladen. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraction im Bundestag ist er intensiv mit dem Abkommen befasst. Die Veranstaltung findet statt in der VHS, Trift 20, und beginnt um 18.30 Uhr, der Eintritt ist frei.

Wer verhandelt denn da?

Die EU-Kommission hat vom Europäischen Rat ein umfassendes Mandat erhalten, mit den USA ein Gesamtpaket auszuhandeln. Fast alle Wirtschaftsreiche kommen dazu auf den Tisch. Die konkreten Inhalte werden aber wie Staatsgeheimnisse gehütet; die Positionen der EU-Kommission bei den Verhandlungen erfuhr die Bevölkerung nur durch unerlaubt veröffentlichte Dokumente. Erheblichen Einfluss auf die Verhandlungen hat dagegen die Wirtschaftslobby, die den Großteil der berücksichtigten Expertisen stellt.

Nun wollen die Beteiligten schnell Fakten schaffen: Bis spätestens 2015 sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein. Diese Zeit bleibt uns, um das Vertragswerk zu stoppen!

Transatlantischer Freihandelsbluff

Die Befürworter des Abkommens beschwören Millionen neuer Jobs, gesteigertes Wirtschaftswachstum und – Achtung, Marketing-Strategie! – einen Einkommenszuwachs von bis zu 545 Euro pro 4-Personen-Haushalt. Allerdings beruhen diese Zahlen nicht nur auf höchst optimistischen Annahmen. Sie wurden berechnet für das Zieljahr 2027, genau betrachtet sind die versprochenen Erträge geradezu winzig.

Auf vielen anderen Ebenen kämen uns die Handelserleichterungen für Großkonzerne dagegen teuer zu stehen. Hier einige Schlaglichter:

Sonder-Klagerecht für Unternehmen: Ausländische Investoren sollen vor Schiedsstellen gegen Staaten klagen können, wenn Gesetzesänderungen ihre Investitionen oder Gewinnerwartungen einschränken. Während inländische Unternehmen sich in solchen Fällen an die allgemeinen Rechtswege halten müssen, sollen internationale Investoren also Sonder-Klagerechte in einem zweiten, völlig intransparenten Rechtssystem bekommen. In diesem System entscheiden keine ordentlichen Gerichte, sondern private, hochbezahlte Juristen. Unabhängigkeit, Rechenschaftspflichten oder Revisionsmöglichkeiten gibt es nicht. Die Zahl solcher Schiedsverfahren steigt weltweit und oft geht es um milliardenschwere Entschädigungsforderungen, vom Steuerzahler zu begleichen.

Eine weitere Zunahme möglicher Verfahren hätte



unweigerlich eine „disziplinierende“ Wirkung auf Regierungen: lieber auf Verbesserungen im Verbraucherschutz, im Sozial- oder Umweltbereich etc. verzichten, als sich mit Großkonzernen anzulegen.

Ein Beispiel: Die Bundesregierung hatte nach der Atomkatastrophe von Fukushima die Abschaltung mehrerer Kernkraftwerke beschlossen. Der Energiekonzern Vattenfall klagt als ausländischer Investor da-

gegen auf 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz vor einer internationalen Schiedsstelle. Basis der Klage: Die Bestimmungen zu Investitionen in der "Europäischen Energiecharta".

Öffentliches Beschaffungswesen: Wenn Gemeinden, Landkreise oder Bundesländer Aufträge vor Ort vergeben, etwa um die regionale Wirtschaft anzukurbeln oder um unnötige Transportwege zu verhindern, diskriminieren sie entfernte Anbieter – in einer Freihandelszone ist das verboten. Im Rahmen der Verhandlungen mit den USA drängt die EU auf eine sehr weitreichende Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens. Die eigene Region gezielt zu stärken oder soziale und ökologische Ziele zu berücksichtigen wird weitgehend unmöglich gemacht. Dies könnte auch als Einfallstor dienen, um die Wasserversorgung, selbst in den USA noch überwiegend in kommunaler Hand, zu privatisieren.

Urheber- und Patentrecht: Zuletzt wurde im ACTA-Abkommen versucht, aus der Weiterleitung eines Zeitungsartikels eine Urheberrechtsverletzung zu machen. Aus gutem Grund liefen die Menschen Sturm gegen die Geheimverhandlungen – nun geht es von vorn los. Noch vor den Verhandlungen verwässerte die EU-Kommission einen Gesetzentwurf zum Datenschutz im Sinne der US-Geheimdienste und die Unterhaltungsindustrie setzt alles daran, Urheberrechte so restriktiv wie möglich zu handhaben. Ob Patente auf Saatgut oder Datensammelwut im Internet, die Lobbyisten von Monsanto, Google und Amazon hoffen auf noch größere Freiheiten zu beiden Seiten des Atlantiks. Meinungsfreiheit und Datenschutz bleiben dabei auf der Strecke.

Finanzdienstleistungen: Obwohl die Finanzkrise anhält, wurde auf viele Krisenursachen nicht reagiert. Das Handelsabkommen könnte sogar einer weiteren Deregulierung der Finanzmärkte Vorschub leisten und somit die Instabilität und die ungerechten Wirkungen der Märkte noch vergrößern. Die geringfügigen Fortschritte bei der Zählung der Finanzmärkte stehen wieder unter Beschuss.

Kultur: Zwar setzte die französische Regierung die vorläufige (!) Herausnahme von Kultur und audiovisuellen Dienstleistungen aus der Verhandlungsmasse durch. Doch könnten die europäische Filmförderung, die Buchpreisbindung, öffentliche Förderung kultureller Einrichtungen und andere Grundpfeiler des kulturellen und kulturpolitischen Lebens jederzeit auf dem Altar des Freihandels geopfert werden.

Verbraucherschutz und Vorsorgeprinzip: Mit diesem grundlegenden politischen Handlungsprinzip lässt sich z. B. Fracking in Europa verhindern, weil Folgeschäden nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden können. Wesentlich besser gefällt Unternehmen natürlich die Leitlinie, wonach alles erlaubt sein müsse, für dessen Schädlichkeit keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen. In Europa kann derzeit noch gegen den Anbau der Gen-Kartoffel

Amflora geklagt werden, weil nicht absolut sicher ist, ob sich die Antibiotikaresistenz der Kartoffel auf andere Lebewesen übertragen kann und wichtige Antibiotika damit unwirksam würden. Fällt das Vorsorgeprinzip, welches schon heute im Spiel der Interessen häufig den Kürzeren zieht, könnten viele weitere Regulierungen und Verbraucherschutzstandards wie Dominosteine kippen.

Zukunftsfähige Entwicklung: Trotz aller Beteuerungen, ökologische Erfordernisse zu berücksichtigen, bleibt die Umwelt auf der Strecke, allein durch die prognostizierte Ausweitung des Handels. Langstrecken-Frachttransporte samt verstärktem CO₂-Ausstoß werden zunehmen. Zugleich steigert der Preisdruck durch mehr Konkurrenz den Druck auf Umweltvorschriften. Größere Wirtschaftsräume führen zu größeren Unternehmen – was deren Möglichkeit, nationale oder EU-weite Behörden unter Druck zu setzen, ebenfalls erhöht.



Wie funktionieren die TTIP-Verhandlungen?

Wie ein Kuhhandel: Die EU bietet z.B. an, das Einfuhrverbot für Genfleisch zu streichen und fordert im Gegenzug von den USA, ihre Zulassungskontrollen für neue Medikamente abzuschwächen. Wachstumsimpulse haben ihre Ursache dann in einem Kuhhandel mit der Folge: Mehr Medikamente in den USA und noch billigeres Fleisch in Europa. Stets droht die Schwächung von Standards, nur sehr selten eine Stärkung. Denn das Ziel der Verhandlungen ist es, Handel zu verbilligen, zu steigern und die Profite zu erhöhen.

Quelle: <http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/hintergrund/>



Kino 8 ½ im April/Mai

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



11. und 12. April

Inside Llewyn Davis

Der Folkmusiker Llewyn Davis hat im New York der frühen 1960er-Jahre wenig Erfolg, dafür aber jede Menge Probleme, die ihn schließlich auf eine Reise treiben. Mit dem Porträt des „Verlierer“-Antihelden, der stoisch an seiner Kunst festhält, entfaltet sich eine großartige, durchaus etwas boshaft erzählte Apotheose des Scheiterns. Diese weitet sich zum mit akribischer Liebe gestalteten Zeitbild der "Sixties" und der Folkmusik-Szene, das einen ähnlichen Respekt vor der Musik an den Tag legt wie sein Held.

USA/Frankreich 2013, 105 Minuten

18. und 19. April

Das Mädchen und der Künstler

Die Geschichte vom alten Bildhauer und seinem jungen Modell mit Jean Rochefort und Aida Folch in den Hauptrollen erzählt in edlen Schwarzweißbildern von einem Leben für die Kunst und von der Melancholie des Alterns. Und er bringt ein Wiedersehen mit Claudia Cardinale – elegant und lebenssprühend wie eh und je.

Spanien/Frankreich 2012, 105 Minuten

25. und 26. April

Das merkwürdige Kätzchen

Ein von Franz Kafkas Erzählung „Die Verwandlung“ angeregtes, experimentelles Kammerstück: In einer Berliner Altbauwohnung gehen Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn ein und aus. Dabei ist das Klima in dem bildungsbürgerlichen Haushalt ziemlich aggressiv. Mit absurden Dialogen und schräger bis surrealer Situationskomik sowie theatralen Momenten entfaltet sich die minimalistische Handlung als eindrucksvolles Pandämonium einer deutschen Mittelschichtsfamilie.

Deutschland 2013, 72 Minuten

Im Anschluss noch E.T.A. Hoffmanns DER SANDMANN (Deutschland 2012, 40 Minuten)

02. und 03. Mai

Lovely Louise

Ein Schweizer Taxifahrer wohnt mit Mitte 50 immer noch mit seiner dominanten Mutter zusammen, die ihn nach Strich und Faden ausnutzt. Erst als ein Amerikaner auftaucht, der behauptet, ebenfalls ein Kind der alten Frau zu sein, sieht sich der Taxifahrer gezwungen, die Beziehung zu seiner Mutter auf den Prüfstand zu stellen. Eine sympathische melancholische Komödie, die durch eine sorgfältige Regie und ausgezeichnete Darsteller souverän einige Schwächen in der Handlung überdeckt.

Schweiz/Deutschland 2013, 91 Minuten

09. und 10. Mai

Verbotene Filme

Fast 70 Jahre nach Ende der NS-Diktatur stellt sich die Frage, ob der restriktive Umgang mit dem inkriminierten Filmerbe der Nazis noch zeitgemäß ist. Der Dokumentarfilm diskutiert das Thema, indem er Filmausschnitte aus den so genannten Vorbehaltsfilmen von Filmwissenschaftlern, Zeithistorikern und Filmemachern kommentieren lässt. Die Anschauungen zum Thema ordnet die Inszenierung so an, dass die fehlende Kenntnis der „unsichtbaren“ NS-Filme um so schmerzlicher spürbar wird, zumal die bisherige Praxis im Umgang mit den Vorbehaltsfilmen eine durchaus „reife“, dem Thema adäquate Rezeption signalisiert.

Deutschland 2013, 91 Minuten

16. und 17. Mai

12 Years a Slave

Beruhend auf den Memoiren von Solomon Northup, erzählt der Film die Geschichte eines Afroamerikaners, der in den USA des 19. Jh. als freier Mann in den Nordstaaten lebt, bis er entführt und als Sklave in die Südstaaten verkauft wird. Dort droht er unter der Unterdrückung und Entmenschlichung zu zerbrechen, bis es ihm gelingt, eine Nachricht an seine Familie zu übermitteln, die für seine Befreiung sorgt.

USA/Großbritannien 2013, 135 Minuten

23. und 24. Mai

All is lost

Ein alter Mann (Robert Redford) segelt mit seiner Yacht im Indischen Ozean. Wer er ist und wohin er will, erfährt man nicht. Stattdessen setzt der in seinen sparsamen Mitteln ganz auf Mann und Boot konzentrierte Film auf die wachsende Identifikation des Publikums mit dem von Naturgewalten heimgesuchten Segler. Ein minimalistischer Film, dessen Freude am dramatischen Detail mehr und mehr existenzieller Kontemplation weicht und allegorische Bezüge durchaus zulässt.

USA 2013, 106 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Di., 08. April, 15.00

Rundgang „Celle im NS“

Zur Erinnerung an das Massaker an KZ-Häftlingen findet am Dienstag, den 8. April, der zeitgeschichtliche Rundgang zu „Celle im Nationalsozialismus“ statt. Reinhard Rohde und Tim Wegener führen an Orte, die für Opfer, Täter und Zuschauer in der Zeit des Nationalsozialismus von Bedeutung waren. Der kostenlose Rundgang beginnt um 15 Uhr an der Synagoge, dauert etwa zwei Stunden und endet am Mahnmal in den Triftanlagen.

Do., 10. April, 19.00

„Die jüdische Berufsschule Masada“ - Ausstellung aus Haifa

Einführung: Lea Dror-Batalion M.A., Haifa und Dr. Thomas Rahe, Gedenkstätte Bergen-Belsen

Die Jüdische Berufsfachschule Masada wurde in den Jahren 1947 und 1948 von Samuel Milek Batalion in Darmstadt gegründet und geleitet. Sie befand sich im ehemaligen Bahnhof in der Darmstädter Innenstadt, ganz im Gegensatz zu den meisten Jüdischen Schulen im Nachkriegsdeutschland, die in DP-Lagern untergebracht waren. Das Ziel der Schule war es, den jungen Holocaust-Überlebenden eine Ausbildung und neuen Lebenswillen zu vermitteln und sie auf ein zukünftiges Leben in Israel vorzubereiten. Obwohl sie nur zehn Monate existierte, ist sie ein wichtiger Teil der Nachkriegsgeschichte in Hessen und Ausdruck für den Wiederbeginn jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland.

Ort: Synagoge

Laufzeit: 11. April bis 25. Mai 2014

Di., 29. April, 19.00

Islam und Säkularisierung

Vortrag und Diskussion mit Prof. em. Dr. Dr. Peter Antes (Hannover)

Ort: Beckmann – Saal, Stadt Celle

Veranst.: Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.

Wer vorher mal in sein Buch „Der Islam als politischer Faktor“ reinschauen will, kann dies tun: <http://edok.ahb.niedersachsen.de/07/392132990.pdf>

Do., 01. Mai, 10.00

Maikundgebung des DGB

Musik: Stars and Bars

Ort: Stechbahn

Sa., 03. Mai, 19.00

Literarisches Quintett - Lesung mit Musik

Gedichte, Chansons und Lieder von Mascha Kaléko

Die Alltagsgedichte im Ton der Neuen Sachlichkeit beherrschte nicht nur Erich Kästner im damaligen Berlin, sondern auch die Jüdin Mascha Kaléko bravourös. Sie wurde 1907 als Tochter jüdischer Eltern in Galizien geboren und war in den zwanziger Jahren in Berlin mit der literarischen Elite, z.B. im berühmten Romanischen Café, bekannt. 1938 emigrierte sie in die USA, siedelte 1959 nach Israel über und starb 1975 in Zürich.

Das Literarische Quintett möchte nicht nur die leichte Poesie der „paar leuchtenden Jahre“ vortragen, die sie in Berlin geschrieben hat, sondern es geht dem Quintett auch um die ernstesten Texte, die im Exil in Amerika entstanden oder die sie nach der Rückkehr nach Europa oder zum Schluss in Israel geschrieben hat.

Hinter dem Literarischen Quintett verbergen sich: Christine Eichenberg, Annalena Pätzold, Thomas Stolze, Leon Fauth und Klaus-Peter Großmann. Musikalisch wird die Lesung begleitet von dem Sänger und Gitarristen Harald Katzsch-Duprée.

Ort: Celler Synagoge, Im Kreise 24

Veranstalter: Stadt Celle, Stadtarchiv Celle, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Celle e.V., Jüdische Gemeinde Celle e.V.

Do., 08. Mai, 18.30

Transatlantischer Freihandelsbluff

Konzerne profitieren, Menschen verlieren

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Dr. Christian Christen (Berlin)

Mehr siehe S. 24

Ort: VHS Celle, Trift 17, Raum D

Veranst.: Rosa-Luxemburg-Club

Sa., 10. Mai, 19.00

Die Gegenauflärung des Staates

Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933

Referent: Prof. Dr. Joachim Perels, Hannover

Am 10. Mai 1933 brannten in Berlin und in vielen weiteren großen Städten die Scheiterhaufen, auf die die Bücher der Autoren flogen, die dem Regime der Nationalsozialisten unbequem waren. Die meisten Autoren der verbrannten Bücher hatten Deutschland bereits kurz nach dem Reichstagsbrand verlassen. Es war eine öffentliche Zurschaustellung des Rückfalls in die Barbarei der Gegenauflärung. Das Gegenauflärerische hat noch seinen Platz in unserer Gesellschaft – nicht nur auf der Seite der Rechtsradikalen.

Ort: Synagoge, Eintritt frei

Do., 05. Juni, 18.30

Rüstungskonzerne und Politik

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Malte Lühmann (Kassel)

Ort: VHS Celle, Trift 17, Saal

Veranst.: Rosa-Luxemburg-Club

Kunst & Kultur

Mo., 07. April, 20.00

Tony Spinner

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 12. April, 20.00

H.G. Butzko mit seinem Programm "Herrschaftszeiten"

Kunst & Bühne, AK 14,00

So., 20. April, 20.00

Mike Mok and the Em-Tones

Fabrik Lounge Aimely, Eintritt frei

Do., 24. April, 20.00

Rob Tognoni

Fabrik Lounge Aimely, Eintritt frei

Do., 24. April, 20.00

Postyr Projekt

A-Capella aus Dänemark

CDK, VVK 19,40 / AK 20,50

Do., 24. ODER Fr., 25. April

Grenaro Procelli

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 25. April, 20.00

Sophie(l) zum Thema Jazz

Kunst & Bühne, AK 10,00

Fr., 25. April, 20.00

Open Stage

Celler Rockmusik Initiative

Sa., 26. April, 20.00

Caroline Kiesewetter (voc) & Joachim Scheel (git.)

"Latin Swing meets Waterkant"

Kunst & Bühne, AK 14,00

Mo., 28. April, 20.00

Tim Mitchell Band

Herzog Ernst, Eintritt frei

Di., 29. April, 20.00

Tim Mitchell Band

Herzog Ernst, Eintritt frei

Do., 01. Mai, 10.00

Maikundgebung des DGB

mit Stars & Bars

Stechbahn

Fr., 09. Mai, 20.00

Jazz-Session

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Sa., 10. Mai, 20.00

Honky-Tonk-Festival 2014

Diverse Bühnen

www.honky-tonk.de

Do., 15. Mai, 20.00

Gustav Peter Wöhler Band

Union, AK 30,00

Sa., 17. Mai, 15.00

16. Jugendjazz-Tag

Kreitagssaal, Eintritt frei

So., 18. Mai, 20.00

The London Quartet

A Cappella: From Madrigal to Mc-
Cartney

CDK, VVK 19,90 / AK 21,00

Mi., 21. Mai, 20.00

Bob Malone

(John Fogertys Keyborder)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Do., 22. Mai, 20.00

Bob Malone

(John Fogertys Keyborder)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 24. Mai, 19.00

Street Parade

Altstadt

Sa., 24. Mai, 19.00

Esther Bejarano und Microphone Mafia

mit „La Vita Continua“

CDK, Eintritt frei

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"
jeden Mi. 18.30 Uhr im Weltla-
den (Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:
Mo - Fr: 10-17, Do., 10-18.30,
Sa. 10-14 Uhr

Attac-Plenum
jeden 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen An-
gestellten Akademie, Spörcken-
str. 63

Forum gegen Atomenergie
jeden 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr
– Buntes Haus

Umsonst-Laden
jeden Di. und Do, 17.00 – 19.00
Uhr – Buntes Haus

Bunt Sozial Gerecht e.V.
Erwerbslosenberatung
Neustadt 52
montags und mittwochs
14:00 – 17:45 Uhr

Buntes Haus Plenum
jeden Donnerstag, 19.00 Uhr,
Buntes Haus

Mi., 28. Mai, 20.00

Joseph Parsons (im Duo mit Freddie Lubitz)

Fabrik Lounge Aimely, Eintritt frei

Fr., 30. Mai, 20.00

Open Stage

Celler Rockmusik Initiative

Fr., 06. Juni, 20.00

Tom Gillam (im Duo mit David Spencer)

Fabrik Lounge Aimely, Eintritt frei

